

Wortprotokoll

Sitzung 18. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2015/2019
20. Legislaturperiode

Datum Donnerstag, 11. Mai 2017, 19.00 Uhr

Ort im Rathaussaal

Anwesend

40 Mitglieder des Gemeinderats
5 Mitglieder des Stadtrats

Abwesend

–

Absolutes Mehr

21

Später eingetroffen

–

Vorzeitig weggegangen

–

Vorsitz

GR Dino-Gerardo Lioi

Protokoll

STS Thomas Niederberger, Tatiana Abate

Traktanden

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 16. März 2017

Einbürgerungen gemäss Beilage

2. Ahn Anna
3. Bakalli Liss
4. Bakalli Nysret und Bakalli geb. Sadiku Ilirjane
5. Köseoglu geb. Bektas Sadet, Köseoglu Aybüke, Köseoglu Zeynep und Köseoglu Melike

Wahlen

6. Ersatzwahl in die Kommissionen

Informationen

7. Bericht des GPK-Präsidenten

Botschaften

8. Geschäftsbericht 2016 Technische Betriebe Kreuzlingen
9. Jahresrechnung 2016 Technische Betriebe Kreuzlingen
10. Jahresbericht 2016 Stadt Kreuzlingen
11. Jahresrechnung 2016 Stadt Kreuzlingen
12. Genehmigung des Reglements über die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Stadt Kreuzlingen (Sicherheitsreglement) / 2. Lesung - Fortsetzung der Behandlung
13. Änderung Baurechtsvertrag mit der Bodensee-Arena (Nutzungserweiterung)

Verschiedenes

14. Verschiedenes

Der Ratspräsident: Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Stadträte, liebe Kollegen vom Gemeinderat, sehr geehrte Pressevertreter und sehr geehrte Anwesende, ich begrüsse euch zur heutigen Gemeinderatssitzung von Kreuzlingen. Ganz besonders möchte ich Daniel Lauber begrüssen. Er ist heute neu im Gemeinderat, aber wir kennen ihn ja bereits. Herzlich willkommen.

Traktandenliste

Der Ratspräsident: Mit dem Stadtpräsidenten wurde vereinbart, dass wir Traktandum 12 streichen. Art. 22 der Gemeindeordnung sieht vor, dass meine Wenigkeit als Gemeinderatspräsident und der Stadtammann – so ist es noch geschrieben – die Traktandenliste streichen oder abändern können.

SR Beringer: Der Stadtrat hat beschlossen, die Botschaft über das Sicherheitsreglement zurückzuziehen, weil sich die Rahmenbedingungen geändert haben bzw. nicht völlig klar sind. Das Departement Dienste hat eine Reorganisation des Ordnungsdiensts vorgenommen, die per 1. Juli 2017 in Kraft tritt. Darin wird unter anderem der Name Stadtpolizei durch Ordnungsdienst ersetzt. Aus diesem Grund haben wir uns mit der Kantonspolizei in Verbindung gesetzt, um die künftigen Kompetenzen zu besprechen. Dabei haben wir festgestellt, dass der Regierungsratsbeschluss RB 590 vom 8. August 2011 nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten entspricht. Zum einen haben sich die Paragraphennummern im Polizeigesetz geändert, zum anderen bezieht sich der RB 590 auf die Stadtpolizei Kreuzlingen. Um Rechtssicherheit bezüglich der Delegation und Kompetenzen des städtischen Ordnungsdiensts und des privaten Sicherheitsdiensts zu erhalten, haben wir den RB 590 angepasst, ergänzt und anschliessend ans Departement für Justiz (DJS) und Sicherheit zur Genehmigung geschickt. Ein neuer Regierungsratsbeschluss soll vor allem verkehrs- und ordnungspolizeiliche Aufgaben des Kantons regeln, in welchem polizeiliche Kompetenzen an Sicherheitsorgane der Stadt Kreuzlingen delegiert werden an städtische wie private. Die Antwort des DJS steht noch aus. Es ist aber als zentraler Punkt für die Ausarbeitung der Verabschiedung unseres Sicherheitsreglements entscheidend. Wir

werden eine neue Botschaft ausarbeiten und dem Gemeinderat vorlegen. Darin werden sowohl die aktualisierten und präzisierten Regelungen des Kantons als auch die Impulse der bisherigen Behandlungen im Gemeinderat eingearbeitet. Vorgesehen ist die überarbeitete Botschaft auf Januar 2018. Alle vorgängigen Gemeinderatstermine sind bereits mit vielen anderen Geschäften vollgepackt.

GR Hebeisen: Was wir gehört haben, ist gut und recht, aber in diesem Geschäft ist nicht nur in der Botschaft der Wurm drin. Da ist offenbar auch bei der Vorgehensweise der Wurm drin. Was der Stadtrat machen will, ist gut und recht. Aber dann soll man es auch so machen. Wenn wir das Geschäft jetzt von der Traktandenordnung nehmen, ist es bei der nächsten wieder drauf. Der Stadtrat hat in dem Moment, wo ein Geschäft im Gemeinderat ist, kein Recht, dieses zurückzuziehen. Das steht nirgends in der Gemeindeordnung, das steht nirgends in der Geschäftsordnung. Wenn man es von der Traktandenliste nimmt, muss es dann wieder drauf. Dann ist es noch immer im Gemeinderat. Denn in dem Moment, wo das Geschäft im Gemeinderat ist, ist die Kompetenz weg vom Stadtrat. Dann haben wir die Kompetenz, über das Geschäft zu bestimmen. Was der Stadtrat will, ist, das Geschäft zurückzuziehen. Dann muss man nämlich mit einer neuen Botschaft in die Kommission, wie SR Beringer es gesagt hat. Ich schlage vor, dass wir es gemäss der Verfahrensordnung – die wir schon einhalten sollten – so machen, dass nämlich das Traktandum auf der Traktandenliste bleibt. Im entsprechenden Zeitpunkt stellt SR Beringer den Antrag auf Rückzug. Dann kann der Rat – es ist in unserer Kompetenz, nicht in jener des Stadtrats – darüber entscheiden, ob er damit einverstanden ist, dass das Geschäft zurückgezogen wird. Ich bitte, unbedingt so vorzugehen, weil alles andere nicht richtig ist. Im Endeffekt führt dies dazu, dass das Geschäft nach wie vor bei uns ist. Weder der Stadtpräsident noch das Büro kann darüber entscheiden, dass ein doch Geschäft nicht kommt, wenn es einmal durch die Kommission durch ist.

STP Netze: Das war ein Vorschlag zur effizienten Behandlung dieses Geschäfts – man kann es auch so machen. Dann dauert es halt länger. Es geht einfach darum, dass die Grundlagen wirklich nicht klar sind. Man kann jetzt unter Vorbehalt ganz verschiedener Punkte darüber reden, aber es bringt nichts. Die Idee war, dass wir sagen, wir machen jetzt einen Strich darunter, ziehen es zurück. Wir bringen es mit all den Änderungen und Inputs auch in der Kommission nochmals. Wir können schon verlängern, das ist euch überlassen. Aber es war ein Vorschlag, das Ganze einfacher zu handhaben.

GR Brändli: Ich bin der Meinung, man kann es nicht nur so machen, man muss es so machen, wie Kollege Hebeisen es gesagt hat. Auf der Traktandenliste lassen, kurz darauf kommen, dann kann der Stadtrat den Antrag stellen und wir weisen zurück. Dann haben wir sicher keinen Verfahrensfehler.

GR Dufner: Das Votum von Kollege Hebeisen ist völlig richtig. Alles andere, ob schnell oder nicht, ist nicht das Thema, sondern wie unsere Geschäftsordnung lautet, so müssen wir es machen. Und vor allem müssen wir es so machen. Haben wir plötzlich wieder einen Fall, dann heisst es, damals ist es auch so gegangen. Für etwas gibt es Reglemente und Gesetze. An diese müssen wir uns halten.

GR Hebeisen: Ich wollte dir auch helfen. Nun soll sich doch SR Beringer damit einverstanden erklären und sagen, dass er bei diesem Traktandum am Anfang den Antrag auf Rückweisung stellt. Es ist dann eine Sache von zwei Minuten und erledigt.

SR Beringer: Ich stimme GR Hebeisen zu und werde den Antrag dann stellen, wenn das Traktandum an der Reihe ist.

Der Ratspräsident: Die Kompetenz liegt beim Stadtrat und dem Ratspräsidenten. Wenn der Stadtrat einverstanden ist, belassen wir das Traktandum auf der Traktandenliste.

Der Ratspräsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion. Diese wird ohne die vom Stadtrat vorgeschlagene Änderung einstimmig genehmigt.

Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 16. März 2017

Abstimmung: Das Protokoll der Sitzung vom 16. März 2017 **wird genehmigt.**

Einbürgerungen gemäss Beilage

Der Ratspräsident: Es liegen keine schriftlich begründeten Einwände zu den Einbürgerungsanträgen vor.

2. Ahn Anna

Entscheid: Ahn Anna wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

3. Bakalli Liss

Entscheid: Bakalli Liss wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

4. Bakalli Nysret und Bakalli geb. Sadiku Ilirjane

Entscheid: Bakalli Nysret und Bakalli geb. Sadiku Ilirjane wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

5. Köseoglu geb. Bektas Sadet, Köseoglu Aybüke, Köseoglu Zeynep und Köseoglu Melike

Entscheid: Köseoglu geb. Bektas Sadet, Köseoglu Aybüke, Köseoglu Zeynep und Köseoglu Melike wird das Bürgerrecht der Stadt Kreuzlingen erteilt.

Der Ratspräsident: Ich gratuliere Ihnen zur Einbürgerung der Stadt Kreuzlingen.

Wahlen

6. Ersatzwahl in die Kommissionen

Der Ratspräsident: Durch den Rücktritt von GR Rieser ist Daniel Lauber der neue Vertreter der SVP. Mitglied bei der WBU war Bruno Rieser, vorgeschlagen neu ist GR Lauber. In der GPK war Bruno Rieser Suppleant. Vorgeschlagen neu ist GR Lauber 11. Mai 2017. Suppleant war GR Rieser, vorgeschlagen neu ist GR Lauber.

GR Forster: An der letzten Gemeinderatssitzung hat der alte Herr hier im Saal, Bruno Rieser, seinen Rücktritt bekanntgegeben. Ich habe damals zu ihm gesagt, dass ich nun der alte Löli hier im Saal bin. Jetzt hat Daniel Lauber wieder hier Platz genommen – an dieser Stelle sage ich dir „Grüezi“. Ich möchte sagen, dass es mich sehr freut, dass der Altersschnitt auf diesen 40 Stühlen wieder ein bisschen gesunken ist.

Abstimmung: **GR Lauber wird** mit einer Enthaltung **einstimmig** in die beiden Kommissionen **gewählt**.

GR Rindlisbacher: Ich habe ein kleines Anliegen ans Büro: Ist es möglich, die Schreiben farblich so zu verfassen, dass man sie auch lesen kann? Es kam diesmal wieder mit der genau gleichen Farbe.

Der Ratspräsident: Das wird gemacht.

Informationen

7. Bericht des GPK-Präsidenten

GR Neuweiler: Das Berichtsjahr der GPK dauert ja immer von Mai bis Mai. Von Mai 2016 bis Mai 2017 hielten wir sieben Sitzungen ab. Am 30. Mai 2016 diskutierten wir in der GPK den Abschlussbericht der OSP Parkhaus AG. Dieser Bericht wurde am 7. Juli 2016 im Gemeinderat verlesen.

Am 22. August 2016 hatten wir das Thema Wirtschaftsförderung. Da war STP Netze anwesend, der uns erklärte, wie der Stadtrat Wirtschaftsförderung betreibt. Das ist vor allem Bestandespflege, also mit den Firmen reden, die da sind. Weiter auch Verkauf und Vermittlung von Land. Das grosse Problem kennt ihr alle. Das sind unsere Landreserven, die relativ gering sind, was auch schon zur einen oder anderen Abwanderung in die Agglomeration führte, zum Beispiel aktuell die Mowag, die nach Tägerwi-

len geht. Spiegel AG, die auch nach Tägerwilen geht und Storz AG, die etwa vor fünf oder sechs Jahren nach Tägerwilen ging. Grosse Landparzellen für Industrie und Gewerbe haben wir sehr wenige. Das ist die „Sunnewies“ beim RAZ, die hat nur 7'500 m². Die Promenadenstrasse West mit 5'300 m², Seepark 3'600 m² und Chalchthoren mit 6'100 m². Das sind die grössten Landflächen, die wir in Kreuzlingen noch haben. Privat sind im Moment rund 21'500 m² Land verfügbar, wobei allein das Areal Amcor Ost 16'000 m² gross ist. Wenn man über Wirtschaftsförderung spricht, merkt man relativ rasch, dass vor allem die lokale Politik an ihre Grenzen stösst. Auf den Wechselkurs und auf Zollfreimengen hat die Kreuzlinger Politik fast keinen Einfluss. Und auf den Konsumenten haben wir schon gar keinen Einfluss. Aus all den bekanntesten Gründen – es gibt auch noch den Onlinehandel – leidet der Detailhandel in Kreuzlingen sehr, und er gerät immer mehr unter Druck. Die Stadt versucht, mit einigen Veranstaltungen auf dem Boulevard die Attraktivität ein bisschen zu steigern. In diesem Zusammenhang darf man auch einmal darauf hinweisen, dass es den Detailhandel nicht nur an dieser Strasse gibt, sondern auch an anderen. Damit die Betriebe Lehrlinge ausbilden können, müssen sie gesund sein und in einem positiven Umfeld ihre Geschäfte machen können. Dies richtet sich ein bisschen an den Teil der Bevölkerung, der fast ausschliesslich jenseits der Grenze einkauft. Die meisten haben Kinder oder Enkelkinder und vielleicht sind diese einmal auf einen Ausbildungsplatz angewiesen. Ich glaube kaum, dass sie diesen dann in Konstanz suchen, sondern den wollen sie hier in der Schweiz finden. Wie gesagt, die Lokalpolitik hat sehr wenig Einfluss auf die Wirtschaft.

Am 24. Oktober wurde uns von Heidi Blanken von der Firma ValueQuest das Ergebnis der Mitarbeiterbefragung vorgestellt. Die Umfrage dauerte vom 10. Mai bis 7. Juni 2017 und 87 % aller Mitarbeitenden haben teilgenommen. Im Grundsatz darf die Mitarbeiterzufriedenheit mit einem Punktedurchschnitt von 77 als sehr hoch bewertet werden, was uns von Heidi Blanken auch bestätigt wurde. Für die erste Befragung sei dies ein guter bis sehr guter Wert. Auffallend war die geringe Punktzahl über alle Departemente im Bereich Strategie und Leader Ship, also Departementsführung, mit etwa 50 Punkten. Auch die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde- und Stadtrat wurde von den Mitarbeitenden nicht als wahnsinnig positiv beurteilt. Die einzelnen Departemente haben darauf reagiert und Massnahmen ergriffen, zum Beispiel Workshops mit ihren Mitarbeitenden. Ende Jahr wird sich die GPK über die Fortschritte informieren lassen. Eine zweite Mitarbeiterbefragung ist in etwa drei Jahren geplant. Danach ist zu sehen, ob es besser oder schlechter geworden ist. Nur eine Befragung bringt relativ wenig.

Am 24. November waren Dossierprüfung und Organisationsanalyse der Sozialen Dienste an der Reihe und nochmals eine kurze Diskussion über die Mitarbeiterbefragung. Markus Riz von der RGB Consulting suchte sich nach dem Zufallsprinzip zehn der rund 400 Dossiers heraus. Er sagte uns, er hätte nicht die dünnsten, sondern eher etwas dickere genommen. Folgende Punkte wurden überprüft: Zuständigkeit: Ist das Sozialamt Kreuzlingen überhaupt örtlich und sachlich für den Fall zuständig? Problem- und Ressourcenerfassung. Subsidiarität: Zum Beispiel der gesetzlich verankerten Verwandtenunterstützung werde noch nicht in jedem Fall nachgegangen. Bei den Rückerstattungsmöglichkeiten aus Sozialversicherungen, wie ALV, Kinderzulagen und so weiter wird sie sehr gut angewendet und auch ausgeschöpft. Ein weiterer Punkt der Prüfung war die Existenzsicherung. Ist das Bedürfnis ausgewiesen? Werden die Richtlinien eingehalten? Weiter wurde die Wirkungsorientierung geprüft. Ist die Hilfe angemessen und zweckmässig? Und wird vor allem auf eine Ablösung von

der Sozialhilfe hingearbeitet? Ebenso Rechte und Pflichten: Wurden die unterstützten Personen über ihre Rechte und Pflichten informiert? Am Schluss wurde die Dossierführung angeschaut. Genauer, ob die fachliche Kompetenz des Sachbearbeiters ausreichend ist.

Fazit: Die Grundsätze der Sozialhilfe werden in Kreuzlingen richtig angewendet. Wir verfügen zum Glück über mehrheitlich langjährige und sehr erfahrene Mitarbeitende. Das Augenmerk müsse auf die Kapazität gerichtet werden, da könnten kurz- bis langfristig Probleme entstehen. Wenig Verbesserungspotenzial, allerdings nur kleinere Sachen, wurde in der Fallführung aufgezeigt. Den Sozialen Diensten wurde ein professionelles und strukturiertes Controlling seitens der Ressort- und des Abteilungsleiters ausgestellt. Gleichzeitig wurde durch Daniel Frei der BDO am 22. August die Sozialen Dienste betreffend buchhalterischer Aspekte angeschaut. Als latentes Risiko wurde ein allfälliger Ausfall – zum Beispiel der Buchhalterin Helene Gretschi – genannt, weil wir dort über eine schlechte Stellvertreterlösung verfügen. Stichprobenartig wurden folgende Punkte untersucht: Bewirtschaftung der Rückerstattungen, die richtige Verbuchung von Aufwänden und Erträgen, Handhabung und Prüfung von Auszahlungen, Verbuchung der Alimentenhilfe und Bewirtschaftung von Verlustscheinen. Auch die BDO stellt den Sozialen Diensten ein gutes Zeugnis aus. Der Stadtrat wird uns in der GPK voraussichtlich im August Bericht erstatten, wie die kritischen Punkte – vor allem in personeller Hinsicht – gelöst werden sollen. Die Diskussion über die Mitarbeiterbefragung war nicht sehr lange. Hauptpunkt war die Zusammenarbeit zwischen Stadt- und Gemeinderat. Lösungen wurden da keine gefunden. Das hat gut getan. Am 13. Februar 2017 war die Bodensee-Arena das Thema. Worüber wir heute reden, wurde uns dort vorgestellt. Daher verliere ich darüber keine weiteren Worte. Weiteres Thema war ein sehr trauriges Thema, die Unterschlagung in der VKK. Die Unterschlagung beläuft sich auf rund CHF 600'000. Das Geld, inklusive Aufwendungen der Stadt wie Anwaltskosten, liegt im Moment auf einem Sperrkonto. Dieses wurde also zurückbezahlt. Wir können aber momentan noch nicht darüber verfügen. Die GPK hat beschlossen, dass wir den Bericht der Untersuchungsbehörden abwarten müssen, bevor wir darüber diskutieren können. Zu diesem Zeitpunkt war auch noch viel Spekulation – auch jetzt noch. Ein Problem, welches man sicherlich relativ schnell sah, ist, dass der betreffende Herr dort Einzelunterschrift hatte, was man dann relativ zügig auch bei den anderen Vereinen änderte.

Am 20. März 2017 schauten wir die Kundenzufriedenheit und Qualitätssicherung in der Verwaltung an. Gemäss Stadtpräsident hält sich die Reklamationsflut sehr in Grenzen und befindet sich zurzeit auf einem eher tiefen Niveau, was nicht immer so war. Man hat Massnahmen ergriffen, die anscheinend nun greifen. Einzig im Bereich Ordnungsdienst/Parkbussen gibt es erhöhte Einwendungen, was natürlich zum Teil verständlich ist, wenn man CHF 40 bezahlen muss, zum Teil auch nicht. Aber von jedem, der gebüsst wird, wird ein Foto gemacht, damit man einen Beweis hat. Die Kundenzufriedenheit und auch die Qualitätssicherung ist nach Ansicht der GPK völlig ausreichend und wir sehen da keinen weiteren Handlungsbedarf.

Am 19. April 2017 erörterten wir in einer sehr kurzen Sitzung noch den Geschäftsbericht der Technischen Betriebe sowie den Jahresbericht der Stadt Kreuzlingen.

Botschaften

8. Geschäftsbericht 2016 Technische Betriebe Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch.

GR Neuweiler: Der Geschäftsbericht wurde in der GPK sehr kurz abgehandelt. Anwesend waren von der Exekutive SR Beringer und Roland Haerle von der TBK. Hauptaugenmerk war sicher, dass aus verschiedenen Gründen die Absätze sinken. Der Kampf um Grosskunden verschärft sich. Dazu wird uns aber der FRK-Präsident bei der Rechnung mehr erzählen. Es hiess, der Bericht sei in grösserer Schrift erfolgt. Themen waren die Liberalisierung für Privatkunden, die ursprünglich auf 2018 vorgesehen war. Laut Roland Haerle wird die vollständige Privatisierung für Privatkunden frühestens 2022 kommen, eher später. Bei Seite 5 wurde darauf hingewiesen, dass die Mehrkosten für Wasserkraft im Schnitt noch CHF 4 betragen und dass die Kernenergie zum Vorjahr einen Rückgang hat. Wir haben angeregt, dass die Vergleichszahlen vom Vorjahr jeweils dazugeschrieben werden. Dies ist jetzt noch nicht der Fall. Wir haben darauf verzichtet, einen Antrag zu stellen. Der ganze Bericht hätte neu überarbeitet werden müssen. Uns wurde aber gesagt, dass dies im nächsten Geschäftsbericht so sein werde. Ein Thema war die Wirtschaftlichkeit der Gastankstelle. Es wurde gesagt, wenn man alle Unterhalts- und Wartungskosten miteinrechne, sei die Tankstelle nicht wirtschaftlich. Ein weiteres Thema war die Zukunft des Gases. Es gibt Städte, die verzichten zukünftig eher auf Gas. Es gibt solche, die den Status quo beibehalten, und solche, die es noch ausbauen. In Kreuzlingen läuft gerade die Überarbeitung des Energierichtplans. Darin werden Gebiete festgelegt, die noch mit Gas versorgt werden. Das sind vor allem ältere Häuser, die von Öl auf Gas umgestellt werden. Grosse Neubaugebiete werden sicher nicht mehr erschlossen, dort werden Wärmepumpen installiert. Es wurde noch angemerkt, dass man neu 5 % Biogas beimischt. Das war bereits die ganze Beratung. Die Kommission empfiehlt Ihnen, den Bericht einstimmig zu genehmigen. Die Fraktion wird dem Bericht einstimmig zustimmen.

GR Huber: Wir haben am 19. April in der GPK den Jahresbericht kurz und bündig besprochen. Roland Haerle und SR Beringer mussten uns nicht viele Fragen beantworten. Ich weiss heute noch nicht, wieso alle so schnell nach Hause gehen wollten. Den einen war vermutlich die Schrift zu klein, die anderen suchten den Vergleich zum Jahr 2015 vergeblich. Was mir von diesem Kommissionsabend blieb, ist das Stichwort Service public. Wir werden das Thema heute noch ein zweites Mal behandeln, wenn es darum geht, ob wir den Service public, den Fernsehsender, für acht Jahre in Kreuzlingen beherbergen wollen. Bei den Technischen Betrieben handelt es sich um die Gasversorgung, die beim Absatz stagniert beziehungsweise leicht rückläufig ist. Auch der Absatz bei der Gastankstelle pendelt sich auf einem tiefen Niveau ein. Da hat Roland Haerle uns ja auf die Art Service public hingewiesen und, dass die Technischen Betriebe an diesem Wärmeverbund trotz einer kleineren Unterdeckung festhalten wollen – eben Service public. Es werden aber keine neuen Quartiere mit Gas erschlossen, wie es auch GR Neuweiler schon gesagt hat, da ja heute andere, günstigere Energieträger auf dem Vormarsch sind. Demzufolge gibt es auch beim Gas eine Energiewende beziehungsweise eine Neupositionierung. Aus meiner Optik – ohne Brille – haben die Technischen Betriebe einen gut lesbaren und informativen Jahresbericht abgeliefert. Ich danke allen, die daran beteiligt waren. Die Fraktion SP/GEW/JUSO genehmigt den Jahresbericht der Technischen Betriebe einstimmig,

und wir hoffen, dass sich die Technischen Betriebe auch weiterhin innovativ und vorausschauend für den Energiehaushalt und den Service public von Kreuzlingen einsetzen.

GR Moos: Wir haben den Geschäftsbericht selbstverständlich auch intensiv in unserer Fraktion diskutiert. Besonders erfreulich ist der Rückgang des Atomstromanteils um rund 4 % und damit natürlich die Tatsache, wie wir dem Jahresbericht entnehmen können, die ausgewiesenen Mehrkosten von nur gerade CHF 4 für eine Familie pro Jahr im Standardangebot ohne Atomstrom. Bei der Motion Kreuzlingen ohne Atomstrom habe ich noch von CHF 8 gesprochen. Vor diesem Hintergrund stellt sich für mich die Frage: Ist es sinnvoll, dass wir bei diesen verschwindend kleinen Beträgen zwei Produkte in der Grundversorgung anbieten, die bewirtschaftet und administriert werden müssen und eigentlich nur Aufwand verursachen? Wäre es nicht viel schlauer, nur noch den Wasserstrom anzubieten und den verminderten Verwaltungsaufwand an die Kunden weiterzugeben? Stichwort Abbau von Bürokratie. Sorgen bereitet uns die Tatsache, dass die Beteiligung Solarstromanlage nach wie vor Absatzprobleme hat. Kreuzlingen ist die einzige Stadt, die ich kenne, bei der dieses Beteiligungsmodell nur schleppend Abnehmer findet. In Frauenfeld wird bereits eine Warteliste geführt, und das bei ähnlichen allgemeinen Geschäftsbedingungen und Konditionen wie in Kreuzlingen. Welches sind die Gründe dafür? Eventuell kommen wir beim Geschäftsbericht der Stadt noch einmal darauf zurück. Was ebenfalls aufgeschreckt hat, ist die Tatsache, dass die Erdgastankstelle in Kreuzlingen gemäss den Auskünften der Technischen Betriebe nicht rentabel betrieben werden kann. Wer mit Erdgas fährt, verringert seinen CO²-Ausstoss um rund 33 %, imitiert aber immer noch das klimaschädigende CO². Da besteht unserer Meinung nach Handlungsbedarf. Für uns stellt sich die Frage, ob es zum Auftrag der Technischen Betriebe gehört, eine defizitäre, teure und wartungsintensive Erdgastankstelle zu betreiben. Bei der E-Tankstelle, welche wohl auch defizitär betrieben wird, scheint die Sachlage eine andere zu sein. Die Elektromobilität erlebt seit einigen Jahren einen riesengrossen Aufschwung. Gründe dafür sind unter anderem die angestrebte Reduktion der CO²-Emissionen und der technologische Fortschritt, insbesondere bei den Batterien. Auch in der Schweiz bietet die Elektromobilität der Strombranche Chancen für neue Marktmodelle und gleichzeitig Herausforderungen, vor allem in den Bereichen Verteilnetz und Ladeinfrastruktur. Der vermehrte Einsatz von Elektrofahrzeugen wird den Stromverbrauch erhöhen. Doch wegen des hohen Wirkungsgrads und folglich der sehr guten Energieeffizienz sinkt der Gesamtenergieverbrauch der Schweiz, wenn Elektrofahrzeuge konventionelle Benzin- und Dieselfahrzeuge ersetzen. In der Schweiz stellt neben dem Gebäudereich die Mobilität den grössten Hebel dar, um die CO²-Emission zu senken. Mit dem vermehrten Einsatz von Elektrofahrzeugen wird gemäss Zahlen des Bundesamts für Energie eine Zunahme des Stromverbrauchs bis 2020 von lediglich rund 0,5 TWh erwartet. Vor diesem Hintergrund sind wir in der Fraktion der Meinung, dass die Technischen Betriebe Kreuzlingen mit ihrer E-Tankstelle auf das richtige Pferd setzen und somit zum Durchbruch der Elektromobilität beitragen werden. Auch sind Elektrotankstellen wesentlich günstiger und wartungsärmer als Erdgastankstellen. Wir nehmen den Bericht einstimmig an.

GR Portmann: Die EVP und die FDP nehmen den Bericht einstimmig an und danken für die gute Arbeit, die die Technischen Betriebe uns da präsentiert haben.

GR Sanfilippo: Die CVP-Fraktion nimmt mit Freude Kenntnis vom erfolgreichen Geschäftsabschluss der Technischen Betriebe. Unsere Fraktion dankt dem Kader, den

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für dieses gute Resultat, für das persönliche Engagement und hofft auch in Zukunft auf einen Einsatz wie in den vergangenen Jahren. Die CVP-Fraktion stimmt dem Geschäftsbericht einstimmig zu.

Materielle Beratung

Der Geschäftsbericht wird durchberaten.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung: Der Geschäftsbericht 2016 der Technischen Betriebe Kreuzlingen **wird einstimmig genehmigt.**

9. Jahresrechnung 2016 Technische Betriebe Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch.

GR Dufner: Mit Freude haben wir in der FRK vom positiven Ergebnis der Technischen Betriebe Kreuzlingen Kenntnis genommen. Wir haben einen Ertragsüberschuss von rund CHF 1,8 Mio. Wir durften sehen, dass wir den Ertragsüberschuss vor allem im Bereich Strom mit CHF 1,5 Mio. mehr realisieren konnten. Die Ursache liegt vor allem in den Deckungsdifferenzen. Es ist also letztlich ein buchhalterischer Gewinn. Im Strombereich ist es in der Tat so, dass der Absatz, also der Energieverkauf um 4,8 % rückläufig war. Die Ursache sind Kundenverluste, obwohl man trotzdem immer noch ein gewisses Wachstum in der Bevölkerung von Kreuzlingen hat. Der Stromtransport hat aber nur minim um 0,3 % abgenommen. Auch im Gasbereich konnten wir einen Ertragsüberschuss von rund CHF 170'000 realisieren, dieser liegt allerdings rund CHF 110'000 unter Budget. Der Gasverkauf ging im Vergleich zum budgetierten Wert um 3,6 % zurück. Im Wasserbereich konnten wir rund CHF 135'000 Ertrag machen im Vergleich zu den budgetierten CHF 22'000. Leicht unter Budget sind wir allerdings beim Wasser, auch bei der Absatzmenge. Hingegen waren da auch die entsprechenden Aufwandpositionen tiefer. Bei den Investitionen ist die Situation so, dass man rund CHF 6,3 Mio. investiert hat. Diese konnte man selbst finanzieren. Wir haben einen Selbstfinanzierungsgrad von 113 %. Budgetiert waren 9 % Investitionen. Ein Teil davon wurde auf später verschoben, weil die Projekte nicht in dem Stil vorwärtsgingen, wie man es hoffte. Die TBK konnten daher nicht alles wie geplant realisieren. Die Projekte sind nicht gestrichen, nur aufgeschoben. Im Rahmen der Diskussion gab es einige Fragen. Es wurde gefragt, warum der Personalaufwand im Vergleich zum Budget tiefer ist. Es wurde gefragt, wie es ist, Personal zu suchen. Von den TBK wurde darauf hingewiesen, dass es nicht immer so einfach ist, die Leute zu finden, die man für diese Arbeiten braucht. Es ist auch nicht jedermanns Sache, im Graben zu arbeiten. Fragen gab es auch zu HRM2. Die TBK werden die Rechnungslegung auch auf HRM2 umstellen. Dann war die Frage der Verzögerungen der Investitionen. Es gibt Investitionsvorhaben, die seit Budget 08/09 drin sind und noch nicht ausgeführt wurden. Dabei handelt es sich insbesondere um Trafostationen. Dort wurde darauf hingewiesen, dass die Ursache nicht bei den Technischen Betrieben liegt, sondern bei den Bauvorhaben. Auf dem Gestaltungsgebiet Löwen warten seit Jahren viele Leute darauf, dass etwas passiert. Und wo schon gewisse Vorleistungen gemacht wurden, man aber nicht weitermachen kann, weil die Sache blockiert ist. So gibt es

noch zwei, drei weitere Baustellen in Kreuzlingen, wo es mit den Trafostationen nicht vorwärtsgeht. Eine Frage wurde gestellt zur Ertragsüberschussverteilung der 50/50-Regelung. Auch diese konnte geklärt werden. Susi Bergsteiner führte uns mit ihren Folien wiederum souverän durch die sonst doch recht komplizierte Materie. Sie konnte auch alle Fragen kompetent beantworten. In meiner Funktion als Präsident der FRK darf ich an das ganze Team der Technischen Betriebe unter der Leitung von Guido Gross und Susi Bergsteiner, die vor allem das Zahlenmaterial super aufbereitet haben, ein grosses Dankeschön schicken. Die Kommission empfiehlt dem Gemeinderat, mit 9 zu 0 Stimmen, die Rechnung der Technischen Betriebe anzunehmen, inklusive der Vorschläge zur Gewinnverwendung.

GR Irene Herzog: Die SVP-Fraktion hat die Jahresrechnung 2016 der Technischen Betriebe intensiv beraten. Unsere Fraktion ist erfreut über das positive Ergebnis von plus CHF 1,78 Mio. Die verschiedenen Sachverhalte, die auf das im Vergleich zum Budget 2016 viel bessere Ergebnis zurückzuführen sind, findet man bei den entstandenen Deckungsdifferenzen und der Unterdeckung beim Stromnetz, ebenfalls beim tieferen Beschaffungsaufwand und beim tieferen Personal- und Betriebsaufwand, dann noch bei niedrigeren Abschreibungen und höheren kalkulatorischen Kosten. Die gemachten Investitionen von CHF 6,3 Mio. liegen unter Budget und konnten mit dem erwirtschafteten Cashflow finanziert werden. Die grössten getätigten Investitionen waren beim Stromleitungsnetz und der Sanierung respektive dem Neubau von Trafostationen zu finden. Ebenso beim Erdgasnetz, bei den Zählern und Druckregulierungsstationen und bei der Wasserversorgung beim Leitungsnetz. Bei den Zentralen Diensten wurde ein grosser Teil ins Netzinformationssystem NIS investiert. Wir möchten allen Beteiligten unseren herzlichen Dank aussprechen; allen voran der Finanzabteilung unter der Leitung von Susi Bergsteiner für die saubere Aufbereitung der Zahlen. Die SVP-Fraktion wird die Jahresrechnung 2016 der Technischen Betriebe Kreuzlingen samt den Vorschlägen für die Gewinnverwendung einstimmig genehmigen.

GR Ruedi Herzog: Unsere Fraktion hat die Rechnung der Technischen Betriebe wie üblich sorgfältig geprüft und beurteilt. Wir sind erfreut über das erneut solide Ergebnis der Technischen Betriebe. Eine genauere Betrachtung des Resultats zeigt, dass vor allem die Sparte Strom deutliche Abweichungen zum Budget aufweist. Die Abweichungen konnten aber im Rahmen der FRK-Beratungen sehr gut nachvollziehbar gemacht werden. In einem grösseren politischen Zusammenhang betrachtet beschäftigt uns allerdings die Entwicklung im Elektrizitätsmarkt ziemlich. Die Technischen Betriebe verlieren Grosskunden an andere Anbieter, der liberalisierte Markt spielt in diesem Kundensegment ja bereits. Auf der anderen Seite zeigt sich gerade bei der Analyse der Jahresrechnung, dass ein sehr wesentlicher Grund für die Budgetabweichung in den Deckungsdifferenzen liegt. Dafür können die Technischen Betriebe – das wird auch klar gesagt – nichts, sondern es ist ein systemimmanentes Problem, das vom Regulator verursacht wurde beziehungsweise wird. Die Abweichungen sind aufgrund der Vorgaben eigentlich fast unvermeidlich. An vielen Orten in der Rechnung, nicht nur beim Thema Deckungsdifferenzen, wird deutlich, wie sehr Vorgaben vom Regulator die Arbeit der Technischen Betriebe beeinflussen, sie oft auch sehr stark verkomplizieren. Die Schattenseiten der Strommarktliberalisierung lassen immer wieder grüssen. Wir müssen uns schon auch fragen, was die Strommarktliberalisierung gebracht hat oder in Zukunft noch bringen soll. Diese politischen Fragen werden ja nicht in Kreuzlingen entschieden, und doch ist es wichtig, dass man sich diese Fragen stellt und sich dazu Gedanken macht. Die Technischen Betriebe Kreuzlingen

müssen sich innerhalb dieses Korsetts bewegen, sie tun das und sie tun das gut. Dafür bedanken wir uns ganz herzlich bei sämtlichen Angestellten der Technischen Betriebe Kreuzlingen. Unsere Fraktion wird der Rechnung 2016 der TBK einstimmig zustimmen.

GR Schmid: Auch wir in der Fraktion CVP konnten uns von der Vollständigkeit und der Nachvollziehbarkeit der Jahresrechnung 2016 der TBK überzeugen und freuen uns mit den anderen Fraktionen über das positive Ergebnis. Auch wenn es eigentlich nicht erwirtschaftet wurde, sondern wie bereits erwähnt, zum grössten Teil aus den Deckungsdifferenzen im Bereich Elektrizität stammt. Aus unserer Sicht gibt es auch sonst keine weiteren Bemerkungen zur Jahresrechnung 2016. Aber ich möchte noch ein bisschen weiter hinausschauen. Weniger auf die Strommarktliberalisierung, die passiert ist, sondern das, was am 21. Mai geschehen wird. Wir stimmen dann nämlich über das neue Energiegesetz ab. Uns ist bekannt, dass die damit zusammenhängende Energiestrategie 2050 einen Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren und inländischen Energiequellen mit sich bringen wird. Für die Stadt Kreuzlingen bedeutet das, dass mit einer Zunahme des Eigenverbrauchs bei den privaten Haushalten und Unternehmen zu rechnen ist. Die Dezentralisierung macht die Netznutzung sicher komplexer. Das sei aber nach Einschätzung von Guido Gross technologisch lösbar. Und man sei bereit, sich dieser Herausforderung zu stellen. Kein Grund also, weder die Jahresrechnung der TBK noch das Energiegesetz abzulehnen. Die CVP stimmt sowieso beidem zu.

GR Ruedi: Auch die Fraktion FDP/EVP blieb nicht ganz untätig und hat sich der Rechnung der Technischen Betriebe Kreuzlingen angenommen. Wir konnten sehr erfreut feststellen, dass wir, wie in den Vorjahren, sehr gut informiert und auch illustriert wurden über die letztjährigen Zahlen der TBK. Für die sehr guten Informationen und für die sehr guten Jahresergebnisse danken wir zunächst herzlich allen Mitarbeitenden der Technischen Betriebe Kreuzlingen. Wir haben es gehört. Wir schliessen mit einem erfreulichen Gewinn von CHF 1,8 Mio. ab, das ist rund CHF 1,4 Mio. besser als budgetiert und rund CHF 400'000 mehr als im Vorjahr. Wir haben es auch gehört, die positive Abweichung ist vor allem auf die Sparte Strom zurückzuführen und hier insbesondere unter dem Stichwort Deckungsdifferenzen, die CHF 650'000 besser abschlossen als budgetiert. Ob daran der Regulator schuld ist, weiss ich nicht. Der Mechanismus ist effektiv so, dass man die Netzkosten erst im Nachhinein ermitteln kann. Man kann sie also erst nach Jahresende feststellen, ermitteln und dann beim Regulator zur Genehmigung einreichen. Da kann eigentlich der Regulator nichts dafür. Wir haben gehört, es sei buchhalterisch. Ich weiss nicht, wie das zu verstehen ist. Klar, es wurde einfach eine Forderung bilanziert für die Deckungsdifferenzen, aber es wird nicht buchhalterisch bleiben. Das heisst, wir als Konsumenten werden das im Portemonnaie spüren. Wir haben den Technischen Betrieben Kreuzlingen für die Netznutzung im letzten Jahr zu wenig bezahlt. Das heisst, tendenziell wird der Preis oder das Entgelt, das wir als Konsumenten für die Netznutzung bezahlen müssen, in den nächsten Jahren steigen. Beim Strom ist das Ergebnis umso erfreulicher, als die abgesetzte Energiemenge um 5 % abgenommen hat. Wir haben es vorhin gehört, dass gewisse Grosskunden – das sind im Moment Kunden ab 100'000 kWh – zu anderen Anbietern gewechselt haben. Ob das gut oder schlecht ist, sei dahingestellt. Man kann die Liberalisierung schon verteufeln, aber der Bereich des Strompreises ist eine relativ einfache Geschichte, um sie freizugeben. Wir haben vorhin auch gehört, dass die Liberalisierung bei den privaten Kunden noch etwas länger dauert. Das haben wir auch vom Präsidenten der GPK, Fabian Neuweiler, gehört. Er hat sich ver-

sprochen und hat von Privatisierung gesprochen und ich habe eigentlich mit einem entsetzten Aufschrei des Rats gerechnet, als er die Privatisierung der TBK in den Mund genommen hat. Aber vielleicht hat man das einfach überhört oder nicht wahrgenommen. Der Stromverbrauch ist trotz des Wachstums in Kreuzlingen von rund 5 % in den letzten Jahren konstant geblieben. Das ist ja eigentlich eine erfreuliche Tendenz. Das heisst, mehr Leute verbrauchen gleich viel Strom. Also erzielen wir hier Fortschritte, dass, dank der Fortschritte in den von uns verwendeten technischen Geräten, der Stromverbrauch dieser Geräte kleiner wird. Von mir aus gesehen ist das unabdingbar, wenn man das Wort Energiewende weiterhin zu Recht in den Mund nehmen will. Anders als durch technologische Fortschritte geht es gar nicht. Der zweite wesentliche Bereich, der zur Verbesserung des Ergebnisses beigetragen hat, waren die Personalkosten. Gewisse Stellen konnten nicht während des ganzen Jahres besetzt werden. Wir haben gehört, dass offenbar Rohrnetzmonteur für Gas und Wasser sehr gesuchte Leute sind, weil man allenfalls halt auch im Graben arbeiten muss. Dann gab es auch noch eine grössere Zahlung von einer Krankentaggeldversicherung für eine längere krankheitsbedingte Abwesenheit. Zu den Investitionen möchte ich nicht mehr sagen, das hat der Präsident unserer Kommission bereits ausgeführt. Der Selbstfinanzierungsgrad ist mit 113 % sehr erfreulich. Das heisst, was wir investiert haben, konnten wir finanzieren mit dem Cashflow, der erwirtschaftet wurde. Dies ist natürlich eine Supersituation. Die Fraktion FDP/EVP nimmt den Abschluss 2016 der Technischen Betriebe Kreuzlingen erfreut zur Kenntnis und stimmt der Jahresrechnung einstimmig zu.

GR Wolfender: Wir von der Fraktion FL/RB haben die Rechnung der Technischen Betriebe diskutiert und sind wieder einmal zum Schluss gekommen, dass uns das positive Ergebnis sehr freut. Allem nach haben alle Beteiligten einen guten Job gemacht und dafür möchten wir allen, auch jenen unten im Graben danken. Die Rechnung ist übersichtlich und ab nächstem Jahr dann auch in der Detailtiefe von HRM2 gelegt, was uns die Vergleichbarkeit ein bisschen erleichtert. Wir werden in den nächsten Jahren sehen, wie es weitergeht, zum Beispiel mit Smart Meter, mit der Lagerhalle und der Werkstatt und schlussendlich mit der Marktliberalisierung, die vor der Tür steht. Das empfinden wir als grosse Herausforderung und dafür brauchen wir auch weiterhin eine fitte TBK. Unsere Fraktion ist einstimmig für die Annahme der Rechnung.

Materielle Beratung

Die Jahresrechnung wird durchberaten.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung: Die Jahresrechnung 2016 der Technischen Betriebe Kreuzlingen **wird einstimmig genehmigt.**

10. Jahresbericht 2016 Stadt Kreuzlingen

Eintreten ist obligatorisch.

GR Neuweiler: Der Jahresbericht gab sehr wenig zu reden. Das Layout des aktuellen Berichts zieht sich nun über einige Jahre hinweg. Man hat sich ein bisschen daran gewöhnt, man kann ihn jahresweise gut vergleichen. Statt länger wird er stets etwas kürzer. Nicht viel, aber man probiert, ihn straff zu halten. Dahinter steckt viel Arbeit, und er wäre eigentlich auch wirklich interessant zu lesen. Denn da sieht man, wie viel eigentlich gut läuft in Kreuzlingen. Es läuft fast alles gut. An die, die immer etwas zu nörgeln haben: Lest das mal! Dann seht ihr, es läuft. Es gibt nur ganz kleine Sachen, die nicht funktionieren. Fragen kamen zur Seite 15 Teilzeit-modell. Wie wird das bei der Stadt gehandhabt? 40 % aller Stellen bei der Stadt sind Teilzeitstellen, das ist eigentlich ein relativ hoher Wert. Es gibt natürlich auch Stellen, wo man nicht im Teilpensum arbeiten kann, die Vollzeitstellen sein müssen. Die zweite und letzte gestellte Frage zum Jahresbericht bzw. mehr eine Feststellung: In der Schweiz wird durchschnittlich 2,5 % des Stroms aus Solarzellen produziert. Die Stadt Frauenfeld habe eine Quote von 2,8 % und wir in Kreuzlingen eine von 1,5 %. Die Frage war, warum das so sei. Die erfrischende, knappe und ehrliche Antwort lautete, man weiss es im Moment nicht. Das waren bereits alle Fragen, die in der Kommission gestellt wurden. Hier möchte ich einen Dank an die Verfasserin Janine Benz richten, denn der Jahresbericht gibt wirklich immer viel Arbeit. Die Kommission hat nach ihrer langen Beratung beschlossen, Ihnen den Jahresbericht einstimmig zur Genehmigung zu empfehlen. Auch die SVP wird dem Bericht einstimmig zustimmen.

GR Freiemuth: Wir haben gerade so viel Lob gehört für die Technischen Betriebe, für Rechnung und Bericht. Und wir möchten uns genau auch jetzt wieder anschliessen für den Jahresbericht der Stadt Kreuzlingen 2016. Auch wir sind des Lobes voll. Fast. Das, was es zu bemängeln gäbe, kann ich im Moment gar nicht mehr finden. Wir verdanken die Arbeit und wie immer ist es eine gute Arbeit. Dieses Mal geben wir der SVP vollumfänglich Recht. Er ist wirklich gut. Die EVP und die FDP nehmen den Jahresbericht einstimmig an.

GR Moos: Der Geschäftsbericht der Stadt wurde bei uns in der Fraktion mit Zufriedenheit aufgenommen. Dies vorweg. Einzig der tiefe Solarstromanteil im Verteilnetz der Stadt Kreuzlingen gab Anlass für längere Diskussionen. In Kreuzlingen entspricht die jährlich produzierte Solarstrommenge etwa 1,5 % des Kreuzlinger Strombedarfs und deckt somit den Strombedarf von etwa 450 bis 500 Einfamilienhäusern. Dies ist aus meiner Sicht eigentlich beträchtlich, wenn man es sich so überlegt, ohne Heizung und Gebrauchswarmwasser. National haben wir einen Solarstromanteil von 2,5 % und in Frauenfeld 2,87 %, also fast doppelt so viel wie in Kreuzlingen. Wie kann das sein? Welches sind die Gründe? Aus unserer Sicht könnte ein Grund sein, dass in Kreuzlingen die Energiethemen zum Teil nur mit kleinem Aufwand aufbereitet werden und auch die Aufklärung in diesen Bereichen zum Teil mehr Potenzial hätte. Eventuell wäre eine effektive Förderung von Solarstromanlagen oder Batteriespeichern anzudenken. Und was ganz wichtig ist, es sind die richtigen Rahmenbedingungen einzurichten, um den Solarstromanteil signifikant zu erhöhen. Der Sonnenstrom hat in der Schweiz das grösste Potenzial. Die jährliche Stromerzeugung aus Photovoltaik betrug 2016 1'560 GWh, dies entspricht etwa dem Verbrauch von 390'000 Haushalten. Auf der KEV-Warteliste, welche bei der Annahme der Energiestrategie 2050 abgearbeitet werden würde, befinden sich rund 35'340 Photovoltaikanlagen mit einer Jahresproduktion von rund 2'000 GWh. Dies entspricht der Produktion der AKW Mühleberg und Beznau 2 zusammen. Übrigens: Die Verfügbarkeit aller Atomkraftwerke in der Schweiz lag 2016 gerade mal bei 68 %. Aus meiner Sicht ist dies ein Klumpenrisiko.

GR Kuntzemüller: Trotz der reich befrachteten Traktandenliste wollen wir es uns ebenso nicht nehmen lassen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihren spürbaren Einsatz zu danken. Wirklich spürbar. Auch nachzulesen auf Seite 47 letzter Absatz. Für jene unter euch, die den Bericht nicht auswendig kennen: „Bei verschiedenen Anlässen im Sommer stehen die Mitarbeitenden des Werkhofs im Einsatz, wie beim Gartentag, der Spielstrasse [...] diese Einsätze werden vielfach ausserhalb der normalen Arbeitszeit geleistet.“ Schön, dass die Einsätze gesehen, geschätzt und auch im Jahresbericht erwähnt werden. Ein riesiger Dank gebührt im Besonderen der Projektleiterin Janine Benz und René Senn als Gestalter für den Jahresbericht. In diesen Seiten steckt ganz, ganz viel Arbeit und Mühe, das spürt man. Der Bericht ist ansprechend, die Vorjahreszahlen in Klammern machen ihn informativ und interessant. Das Konzept überzeugt einfach. Ich habe ihn, nachdem ich mich – so ehrlich muss ich nun auch sein – motiviert habe, gern gelesen. Inhaltlich hat mich neben Seite 47 besonders gefreut, dass die Stadt Kreuzlingen scheinbar eine gute Arbeitgeberin für Familien darstellt. 86 der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten Teilzeit. Interessant wäre für mich zu wissen, wie viele davon Familienväter sind beziehungsweise wie das prozentual aussieht und wie offen unsere Stadt ist, auch Teilzeitpapas sozusagen in Jobsharing mit den Mamas einzustellen. Jedenfalls sind die Zahlen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durchaus löblich. Weiter so. Merci!

GR Sanfilippo: Der vorliegende Jahresbericht der Stadt Kreuzlingen ist einmal mehr ein gelungenes Werk von verschiedenen Autoren aus der Verwaltung, von verantwortlichen Gestalterinnen und Gestaltern. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich aufgrund der sorgfältig abgefassten Texte ein gutes Bild über das Geschehen unserer Stadt verschaffen. Nach dem Lob für die Arbeit der Mitarbeitenden der Technischen Betriebe möchten auch wir dem gesamten Stadtrat, den Kaderangehörigen und allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihr vorbildliches Engagement für die Stadt Kreuzlingen unseren Dank aussprechen. Die CVP-Fraktion wird den Jahresbericht einstimmig genehmigen.

Materielle Beratung

Der Jahresbericht 2016 der Stadt Kreuzlingen wird durchberaten.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung: Der Jahresbericht 2016 der Stadt Kreuzlingen **wird einstimmig genehmigt.**

11. Jahresrechnung 2016 Stadt Kreuzlingen

STP Netze: Sie finden auf dem Tisch eine Tischvorlage, wo es um Seite 17 der Rechnung geht. Wir haben dort noch eine Ergänzung vorgenommen, die auf Hinweis aus der FRK von GR Salzmann kam. Wir sind seinem Hinweis nachgegangen und haben gesehen, dass wir das ergänzen müssen. Es geht um die Anzeige einer Eventualverpflichtung, wenn die Schlosswiese unter Umständen irgendwann die Stadt etwas kosten könnte. Dies wenn sie nämlich wegen Auszonung entschädigt werden müsste. Bisher haben wir das im Finanzplan angezeigt, jedoch nie als Eventualver-

pflichtung. Ganz korrekt muss man es auch hier anzeigen. Zwar nicht in der Höhe, weil diese noch gar nicht bekannt ist. Aber es muss angezeigt werden, dass noch etwas kommen könnte. Daher haben wir den Hinweis aufgenommen und die Ergänzung gemacht.

Eintreten ist obligatorisch.

GR Dufner: In der FRK haben wir uns vorgängig der Beratung der Jahresrechnung durch unsere Revisionsgruppe, die ja aus dem Kreis der FRK gebildet wird, orientieren lassen über die Jahresrechnung, über die Prüfung der Jahresrechnung der TBK wie auch der Stadt Kreuzlingen. Die Revisionsgruppe hat sich drei Mal getroffen für Prüfung, Diskussion und Berichterstellung. Ergänzend zur Revisionsgruppe findet ja auch immer eine externe Kontrolle durch die BDO statt. Diese hat unter anderem im Rahmen ihrer vertieften Verkehrsprüfung einzelner Bereiche den allgemeinen Verwaltungsteil diesmal genauer angeschaut und den Bereich öffentliche Ordnung und Sicherheit. Sie machte einen kleinen Hinweis bezüglich verhältnismässig grossen Überzeit- und Gleitzeitguthaben, welche ein paar Mitarbeitende sowohl bei den TBK wie auch bei der Stadt Kreuzlingen haben. Dort wurde angeregt, mit den Betroffenen zusammen eine Lösung zu suchen, um diese Guthaben mittelfristig abbauen zu können. Ansonsten waren vonseiten der BDO keine weiteren Feststellungen zu machen. Die BDO wies darauf hin, dass beide Jahresrechnungen gesetzeskonform erstellt werden. Sie hat beiden Finanzteams ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt, und sie hat der FRK die Genehmigung der Rechnungen empfohlen. Auch die Revisionsgruppe selber hat bei den Prüfungsthemen, die sie sich jährlich selber gibt, keine speziellen Feststellungen gemacht. Sie konnte feststellen, dass alle angeschauten Positionen positiv bearbeitet wurden und dass allfällige Fragen, die sie hatten, sofort kompetent beantwortet werden konnten. Von dort her ist also alles in bester Ordnung. Zur Jahresrechnung 2016 durften wir auch wieder mit Freude vom guten Ergebnis mit einem Überschuss von CHF 1,6 Mio. im Vergleich zum budgetierten Defizit von CHF 1,8 Mio. Kenntnis nehmen. Es war ersichtlich, dass dies vor allem aufgrund der tieferen Ausgaben im Sozialhilfebereich basiert. Auf der anderen Seite war auch sichtbar, dass vor allem bei den juristischen Personen weniger Steuereinnahmen generiert werden konnten. Die einzelnen Positionen, welche zu dieser Differenz führten, sind in der Jahresrechnung auf Seite 1 detailliert aufgeführt. Ich verzichte darauf, sie einzeln aufzuzählen. Ihr habt das ja sicher alle genauestens studiert und gelesen. Thomas Knupp hat uns die Rechnung sehr gut erläutert. Er stand für die Beantwortungen von Fragen zur Verfügung. Wie es natürlich so ist, wenn ein guter Rechnungsabschluss da ist, gibt es auch nicht sehr viele Fragen. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, dass die Stadt faktisch CHF 3,9 Mio. mehr Eigenkapital gebildet hat, also rund 8 %. Daher tauchte die Frage auf, ob man in diesem Zusammenhang Spezialfinanzierungen berücksichtigen darf oder ob man es ohne machen müsste. Spezialfinanzierungen waren auch sonst noch ein Thema. Die Frage war, ob die Spezialfinanzierung Bootshafen notwendig sei oder ob man das nicht einfach in die normale Rechnung überführen und dort laufen lassen könnte. Eine weitere Frage kam zu den Rückzahlungen im Sozialhilfebereich. Dort besteht ja die Pflicht, auf die Rückzahlungen hinzuwirken. Die Antwort lautete, dass man bei den jungen Erwachsenen darauf schaut, dass man sie von Rückzahlungspflichten befreien kann. Bis 18 Jahre besteht sowieso keine Rückzahlungspflicht. Aber jene, die eine Ausbildung gemacht haben und gerade am Anfang ihrer Berufskarriere stehen, sollen nicht mit einem Rucksack voll Schulden anfangen und zuerst eine Rückzahlung abbauen müssen. Dies könnte sie im Aufbau einer beruflichen Zukunft behindern. So ist die aktuelle Praxis, die man in Kreuzlingen verfolgt.

Betragsmässig waren das CHF 51'000, verteilt auf drei Fälle. Ich darf an dieser Stelle im Namen der FRK einen ganz herzlichen Dank der ganzen Finanzabteilung unter der Leitung von Thomas Knupp, Urs Schläpfer und Adrian Stähli, Leiter des Steueramts, abstatten. Letzterer sorgt ja dafür, dass Geld hereinkommt, wenngleich ich sagen muss, dass ich nicht immer Freude habe, wenn ich Post von ihm bekomme. Ich darf sagen, dass die Kommission mit 9 zu 0 Stimmen die Genehmigung der Rechnung der Stadt beantragt.

GR Hummel: Die Fraktion SVP hat die Jahresrechnung der Stadt Kreuzlingen ebenso gut angeschaut wie jene der Technischen Betriebe. Wir sind natürlich sehr erfreut über das positive Ergebnis von CHF 1,6 Mio., wobei der operative Erfolg bei plus CHF 1,464 Mio. liegt. Insgesamt ist das operative Ergebnis um CHF 3,25 Mio. besser ausgefallen als budgetiert. Das Ergebnis muss allerdings etwas relativiert werden. Allein im operativen Bereich resultieren CHF 2,275 Mio. aus der – sagen wir mal sehr konservativen – Budgetierung Sozialhilfe und Unterstützungen. Hier liegt man mit rund CHF 3 Mio. neben dem Budget, wobei aber die Bruttokosten gegenüber Budget noch etwas angestiegen sind. Unsere Fraktion hat bereits in der Budgetdebatte darauf hingewiesen, weiter möchte ich nicht darauf eingehen. Die Stadt verfügt immer noch über eine solide Finanzlage. Per 31. Dezember 2016 beträgt das Vermögen CHF 98 Mio., davon sind CHF 37 Mio. freie Mittel. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt trotz Steuerfussenkung immer noch knapp 128 %. Die Nettoschuld pro Einwohner beträgt minus CHF 2'080 und ist somit ein Nettovermögen. Diese Werte werden jedoch sinken, wenn man die geplanten Investitionen umzusetzen beginnt, sprich das Stadthaus. Wir möchten allen Beteiligten unseren herzlichen Dank aussprechen, allen voran Thomas Knupp und seinem Team für die Aufbereitung der Zahlen und die Beantwortung der dummen Fragen, damit auch wir sie verstanden haben. Die SVP-Fraktion wird die Jahresrechnung 2016 samt Vorschlag, den Ertragsüberschuss auf die neue Rechnung vorzutragen, einstimmig genehmigen.

GR Salzmann: Die FDP/EVP-Fraktion hat die Rechnung der Stadt Kreuzlingen ausgiebig analysiert, und wir bedanken uns zuerst bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihr kostendiszipliniertes Verhalten. Vielen Dank dafür. Danke ebenfalls Thomas Knupp und seiner Mannschaft für die Erstellung der Rechnung und ganz speziell bedanke ich mich persönlich für die Tischvorlage. Wie schon in den vergangenen Jahren ist die Rechnung sehr erfreulich. Sie ist trotz des tieferen Steuerfusses von 66 % immer noch in den schwarzen Zahlen. Es ist allerdings nicht Aufgabe des Staats, zehn Jahre lang Gewinn zu machen – übrigens auch nicht, Verluste zu machen. Sondern gerade etwa so viel einzunehmen, um die Ausgaben tätigen zu können, die im öffentlichen Interesse stehen. Das ist also Ausdruck, dass man Steuern auf Vorrat einnimmt und damit den Bürger mit einem zu hohen Steuerfuss belastet. Im Herbst 2015, als wir hier im Gemeinderat über das Budget 2016 und auch über den Steuerfuss 2016 miteinander gerungen haben, war der Stadtrat vor allem auf Druck der FDP aus dem Vorjahr bereit, die Steuern ein bisschen zu senken. 3 Punkte, ihr erinnert euch. Damals konnte man aufgrund mancher Voten den Eindruck gewinnen, wir berauben die Stadt ihrer Handlungsfähigkeit und die Leistungen müssten abgebaut werden. Das ist erfreulicherweise und offensichtlich nicht der Fall. Die Rechnung zeigt, dass die damalige Steuersenkung, die übrigens über den Vorschlag des Stadtrats hinausging – man beschloss 4 % – mehr als gerechtfertigt war. Auch auf die Gefahr hin, dass ich damit Widerspruch auslöse, kann man sogar sagen, dass wir damals die Steuern eher zu wenig mutig gesenkt haben. Die Rechnung hält einige Überraschungen bereit. Vor allem im sozialen Bereich haben sich die Rückver-

gütungen aus der Sozialhilfe auf das Niveau von 2011-2014 wieder erholt, sodass das Jahr 2015 mit sehr tiefen Rückforderungen als ein Einmalereignis gewertet werden darf. Hier wurde, wie GR Hummel schon sagte, sehr konservativ budgetiert. Wir sind also wieder bei der Normalität angekommen. Bauchweh bereitet uns aber die Entwicklung der Fremdplatzierungskosten, die sich innerhalb von fünf Jahren auf CHF 1,5 Mio. verzehnfacht haben. Dabei ist da weder dem Stadtrat noch der Stadtverwaltung ein Vorwurf zu machen. Im Gegenteil, die Sozialen Dienste sind sich der Problematik sehr bewusst, was ein sehr positives Zeichen ist. Es ist die KESB, die hier zulasten der Stadtkasse entscheidet. Und wenn jemand entscheidet, der nicht bezahlen muss, werden immer eher teurere als günstigere Fremdplatzierungen gewählt, um auf der sicheren Seite zu sein. Wir hoffen sehr, dass durch die höhere politische Stufe die aus Sicht der KESB nachvollziehbare ökonomisch rationale Verhaltensweise möglichst bald abgestellt wird. Nicht dass wir in weiteren fünf Jahren noch einmal eine Verzehnfachung erleben. Weiter mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Einnahmen der juristischen Personen nur noch rekordtiefe 13 % der Gesamteinnahmen ausmachen. Dies muss uns Sorgen bereiten. Es ist ein Ausdruck vom Wegzug wichtiger Unternehmer, der GPK-Präsident hat es vorhin erwähnt. Dazu relativ wenig Ersatz mit neuen Unternehmen. Es ist auch das Bedürfnis des Stadtrats, frei werdende Gewerbeflächen, wie das Spiegel-Areal und Strabag, lieber teilweise staatlich zu nutzen, als für diese Flächen private Investoren zu suchen und damit Steuerzahler anzuziehen. Wir müssen unbedingt im Rahmen der kommenden Ortsplanrevision schauen, dass wir genügend Gewerbeflächen ausweisen können und nicht nur bestehende Gewerbeflächen in Wohnzonen verwandeln wollen. Stichwort Seestrasse mit dem European-Wettbewerb oder Promenadenstrasse. Da gibt es solche Gedanken. Stutzig machte uns das Inkasso von Steuereinnahmen. Bei 14'000 Veranlagungen gibt es 10'000 Mahnungen. Das richtet sich an die Bürgerinnen und Bürger. Es ist eigentlich erstaunlich, wenn bei 14'000 Veranlagungen die Stadt 10'000 Mahnungen verschicken muss. Mit Verzugszinsen von CHF 68'000 ist dieses Mahngeschäft nicht wirklich ein gutes Geschäft. Wir wissen von Fällen, bei denen unnötigerweise monatliche Mahnungen hinausgehen. Dies obwohl die bereits gerichtlich unterwegs sind und gar keine Mahnung mehr brauchen. Da sollten der Inkassoprozess kritisch hinterfragt und allenfalls Massnahmen ergriffen werden, um auch die Zahlungsmoral zu verbessern. Es kann nicht sein, dass sich die Steuerverwaltung hauptsächlich mit Mahnungen beschäftigt. Sie sollte sich hauptsächlich mit ihrer Kernkompetenz beschäftigen, das sind Veranlagungen. Ein letzter Punkt von unserer Seite ist die Betrachtung der Entwicklung des Eigenkapitals, das sich auf fast CHF 4 Mio. erhöht hat, also rund 8 bis 9 Steuerprozent. Selbst wenn wir die zwingend über Gebühren und Abgaben finanzierten Effekte, wie Abfall, Feuerwehr oder Abwasser herausnehmen, kommen wir immer noch auf CHF 3,4 Mio. Das sind 7 Steuerprozent. Angesichts der anstehenden Grossprojekte ist das zwar verständlich, aber übertreiben sollten wir damit nicht. Die FDP/EVP-Fraktion stimmt der Rechnung einstimmig zu.

GR Schläfli: Alle Jahre wieder ein deutlich besseres Ergebnis als budgetiert und auch alle Jahre wieder gibt es in der Rechnung erfreuliche und weniger erfreuliche Entwicklungen. Fangen wir mit den erfreulichen an. Neben kleineren und mittleren Abweichungen vom Budget ist der positive Rechnungsabschluss vor allem auf die Mehreinnahmen von knapp CHF 2,3 Mio. des Departements Soziales zurückzuführen. Während die Aufwendungen ziemlich genau budgetiert wurden – was ganz wichtig ist – gab es nicht prognostizierbare Mehreinnahmen in erster Linie aus Rückvergütungen und Rückerstattungen der Sozialversicherungen. Das ist sehr erfreulich und der Lohn für eine beharrliche juristische Bearbeitung dieser Fälle. Auch kantonal lässt

sich da ein gewisser Zusammenhang feststellen. Gemeinden, die gute Arbeitsbedingungen bieten, konsequent Einsparungen einlegen und im Bereich Soziales innovativ investieren, erhalten mehr Geld zurück. Andere bleiben auf den hohen Kosten des Sozialwesens sitzen. Die Sozialausgaben der Stadt Kreuzlingen sind zugegebenermassen sehr hoch und die Fallzahlen pendeln sich momentan auf einem hohen Niveau ein. Von derart hohen Rückzahlungen ist nicht jedes Jahr auszugehen. Bei der Budgetierung ist also weiterhin eine gewisse Vorsicht angezeigt. Unerfreulich sind hingegen die Steuereinnahmen, die deutlich unter den Erwartungen blieben, bei den natürlichen, aber vor allem bei den juristischen Personen. Der Anteil der juristischen Personen am gesamten Steuereinkommen wird immer weniger, derzeit liegt es bei rund einem Siebtel. Ein Zusammenhang besteht da möglicherweise zum nächsten unerfreulichen Punkt, und das ist die immer noch unterdurchschnittlich tiefe Investitionstätigkeit der Stadt. Die verschiedenen Faktoren, die dazu geführt haben, wurden uns in der FRK ausführlich erklärt, Einmal für dieses Jahr auch einigermaßen nachvollziehbar. Trotzdem sind sie viel zu tief, und zwar ebenfalls seit Jahren. Wir erwarten, dass zukünftig endlich wieder mehr investiert wird. Investitionen sind immer auch Investitionen in die Zukunft und umgekehrt führt eine zu geringe Investitionstätigkeit zu Mehrausgaben in den kommenden Jahren. Dies trifft vor allem die folgenden Generationen. Das ist keine nachhaltige Finanz- und Investitionspolitik. Die pessimistischen Formulierungen im Ausblick unterstreichen den Punkt und widersprechen einer zukünftigen aktiven Investitionspolitik. Gegen einen sinnvollen Umgang mit Steuergeldern spricht überhaupt nichts. Nein, es ist sogar eine Handlungsmaxime. Aber es gibt in der kommunalen Politik weitere solche Handlungsmaximen, und eine davon ist Erhalt und Ausbau einer lebenswerten Stadt. Dafür muss in Bereichen, die das Zusammenleben und die Gesellschaft betreffen, investiert werden. Hinsichtlich der finanziellen Lage ist diese Sparrhetorik überhaupt nicht angezeigt. Ja, es kommen Investitionen auf uns zu. Ja, wir können sie uns leisten. Wir müssen sie uns auch betreffend Gesellschaft, Sport, Wirtschaft und Kultur leisten. Sie sind für eine lebenswerte Stadt entscheidend und haben nicht nur negative Kostenfolgen. Abschliessend wollen auch wir uns ganz, ganz herzlich bei Thomas Knupp und dem ganzen Finanzteam bedanken. Die Rechnung ist sehr transparent dargestellt, wurde uns in der FRK wie immer sehr gut erklärt und somit in allen Teilen verständlich. Merci vielmal. Die Fraktion SP/GEW/JUSO wird der Rechnung der Stadt einstimmig zustimmen.

GR Schmid: Wir freuen uns über das wiederholt gute Ergebnis. Zu verdanken haben wir das zweifellos der umsichtigen Planung und der gebotenen Vorsicht des Stadtpräsidenten und dem Stadtrat, Aber auch dem offensichtlichen Kostenbewusstsein der Verwaltung. Auch unsere Fraktion würde sich eine höhere Investitionstätigkeit zur Entwicklung der Stadt Kreuzlingen wünschen, was aber, wir haben es bereits gehört, nicht immer in der Hand des Stadtrats und der Departemente liegt. So ist 2016 der Selbstfinanzierungsgrad einmal mehr durch die Decke gegangen. Oder mit anderen Worten: Die Stadtkasse ist voll und lechzt nach Erlösung.

GR Wolfender: Wir von der FL/RB haben die Rechnung und Ergänzungen zu der Rechnung ausgiebig diskutiert. Es ist schön, dass – trotz des budgetierten Verlustes – ein Gewinn resultiert ist. Zum einen ist dies auf aufgeschobene Investitionen zurückzuführen. Zum anderen auf die deutlich tiefere Budgetierung der Erträge der Rückzahlung der Sozialhilfeabgaben. Ich überblicke die Sache noch nicht so lange. Aber mindestens in den letzten 3 Jahren sind die Rückzahlungen jeweils deutlich, wenn nicht sogar massiv höher gewesen, als budgetiert. Ich möchte nicht, dass die Sozialen Dienste beim Budget sich jedes Mal dem grossen Minus und vor allem der unnöti-

gen Kritik stellen müssen. Darum schlage ich vor, dass man bei der Budgetierung jeweils den Durchschnitt der letzten Jahre nimmt, anstatt so wie man es jetzt macht. Anscheinend funktioniert es nicht so ganz. Gerade im Hinblick auf die zukünftig eher finanziell angespannteren Abschlüsse, ist es -so denken wir- enorm wichtig, dass möglichst ausgeglichen budgetiert wird. Ein weiterer Punkt, welcher uns und auch anderen Fraktionen aufgefallen ist, sind die massiv gestiegenen Kinderplatzierungskosten. Bei diesem Punkt würden wir uns wünschen, dass die Sozialhilfekommission einen Blick darauf wirft. Die Mitsprache der Gemeinden bei den KESB-Entscheiden ist momentan sehr in Bewegung. Und ausserdem nehmen die Professionalisierung der Kinderbetreuung und deren Ansprüche zu. Dies ist sicher auch ein Teil der Kosten. Aber sicher keine Verzehnfachung. Im Grossen und Ganzen hat die Stadt wiederum gut gewirtschaftet und unsere Fraktion ist einstimmig für die Annahme der vorliegenden Rechnung.

Materielle Beratung

Die Jahresrechnung 2016 der Stadt Kreuzlingen wird durchberaten.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

GR Forster: Keiner fragt etwas. Barbara Hummel hat gesagt, die dummen Fragen habt ihr in der Kommission gestellt. Ich erlaube mir hier auch eine dumme Frage: Ich lese ein Nettovermögen. Nettovermögen ist bei mir hier hinten (zeigt auf hintere Hosentasche), dann weiss ich, wie viel drin ist. CHF 44,8 Mio. Wer sagt mir, wo das Geld ist?

Der Ratspräsident: Die Antwort wird nachgeliefert.

Abstimmung: Die Jahresrechnung 2016 der Stadt Kreuzlingen **wird einstimmig genehmigt.**

-
12. Genehmigung des Reglements über die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Stadt Kreuzlingen (Sicherheitsreglement) / 2. Lesung - Fortsetzung der Behandlung

SR Beringer: Wie eingangs erwähnt, will der Stadtrat die Botschaft über das Sicherheitsreglement zurückziehen, weil sich die Rahmenbedingungen geändert haben. Ich stelle den Antrag auf Rückweisung dieses Geschäfts.

GR Hebeisen: Ich möchte aus verschiedenen Gründen etwas sagen. Eine der letzten Gelegenheiten, noch ein bisschen mit dem Stadtpräsidenten zu diskutieren, und mit ihm zu schimpfen. Einfach auch für die Zukunft: Gemeindeordnung § 22 sagt, dass der Präsident und der Stadtpräsident zusammen etwas auf die Traktandenordnung nehmen können. Wenn es drauf ist, und wir es bekommen haben, ist es nicht mehr in der Verfügungsgewalt von euch, sondern vom Gemeinderat. Einfach, um das nochmals zu sagen. Es bringt zwar für den Stadtpräsidenten für die Zukunft nicht viel. Ich weiss auch nicht, ob du dieses Wissen in deinem neuen Betätigungsfeld noch anwenden kannst. Ich wollte es einfach noch sagen. Von der Kommission aus möchte ich – das ist aber ein persönliches Votum – noch kurz etwas zu dieser Vorlage sagen.

Das Schicksal, welches diese erlitten hat, und ich nehme es vorweg, auch heute Abend erleiden wird, ist euch allen bekannt. Der Qualitätspegel des Ablaufs und dieser Vorlage, vielleicht auch von der Botschaft, schwankte irgendwo zwischen oberlausig und himmeltraurig. Darüber hinaus kam er auf jeden Fall nie. GR Brändli, darf ich das so formulieren? Du bist ja unser Sittenwächter des gepflegten Sprachgebrauchs. Zwischen oberlausig und himmeltraurig. Ich möchte das mit der Aufforderung verbinden: Macht es besser. Und das müsst ihr gewaltig besser machen. Nehmt die beiden Teile auseinander. Die Delegation ist dringend, und der andere Teil. Stimmt es auf das höherrangige Recht ab. Bringt im Wesentlichen nur das, was nicht schon geregelt ist und vor allem regelt die Abläufe. Wieso müssen wir uns in der Kommission stundenlang mit diesem Seich abmühen, dann im Rat. Wie viele Sitzungen hatten wir? Zwei oder drei? Vier? Dann kommt man und sagt, uns ist noch eingefallen, wir könnten auch noch einen Regierungsratsbeschluss einholen, der dann sowieso wieder alles ändert. So geht es nicht.

GR Ruedi Herzog: Ich möchte noch zwei, drei Sachen ergänzen. Auch aus meiner Sicht war der ganze Ablauf von Anfang an total unglücklich und ungenügend, ein total misslungener Prozess. Vertagungen, mehrmals traktandiert. Plötzlich kommt es wieder nicht auf die Traktandenliste, wie im März, weil man nicht parat war. Zum Glück nicht, weil sich jetzt offensichtlich plötzlich die Rahmenbedingungen geändert haben. Stellt euch vor, wir hätten im März auch schon zwei Stunden darüber diskutiert und würden jetzt erfahren, dass sich übrigens noch die Rahmenbedingungen geändert haben und man es nun doch vergebens beraten hat. Mir graut ein bisschen vor dieser Vorstellung. Wenn ich mich ganz an den Anfang des Prozesses zurückerinnere, war unser Input, wir müssen endlich diese Kompetenzdelegation regeln. Wenn man das gemacht hätte, hätte man nicht vier Mal darüber beraten. Dann wäre das längst erledigt. Leider peppte man allerdings die ganze Botschaft auf mit Sachen, die gar nie von uns gefordert worden waren, sondern wo irgendwann einfach plötzlich das Gefühl aufkam, die gehören auch da hinein. Das war ein ganz grosser Irrtum. Wo stehen wir jetzt? Jetzt stehen wir an einem Punkt, wo wir wieder in der Illegalität sind. Der Stadt Kreuzlingen mangelt es weiterhin an der vom Regierungsrat geforderten Kompetenzdelegation. Wir haben es eingangs gehört, es soll dann 2018 wieder kommen. Jahrelang sind wir bereits in diesem Zustand und offenbar bleiben wir noch einmal ein Jahr in diesem Zustand. Für mich ist das unhaltbar und wäre auch zu vermeiden gewesen. Zum Schluss wundere ich mich schon darüber, dass der Stadtrat einen Regierungsratsbeschluss anpasst und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorlegt. Das finde ich doch ein bisschen eine spezielle Art der Politik.

Abstimmung: Dem Antrag des Stadtrats auf Rückweisung **wird mit 30 Ja-Stimmen** gegen 8 Nein bei 2 Enthaltungen **zugestimmt**.

13. Änderung Baurechtsvertrag mit der Bodensee-Arena (Nutzungserweiterung)

GR Hummel tritt in Ausstand.

Eintreten (*wird stillschweigend beschlossen.*)

GR Hebeisen: Ausgangslage ist, dass wir heute über den Baurechtsvertrag abstimmen. Das ist eigentlich eine relativ kleine Sache, aber die Auswirkungen sind natürlich

weitgreifend. Wenn wir dem Vorschlag des Stadtrats zustimmen, kann der Vertrag mit dem Fernsehen ausgehandelt und abgeschlossen werden. Anderenfalls wird sich das Fernsehen zurückziehen. Zugrunde lag eigentlich eine fast unlösbare Problemstellung. Als ich im Dezember oder Januar hörte, welches die Ausgangslage ist, dachte ich: Geht das wohl, die Mehrmonatsnutzung durch das Fernsehen unter einen Hut bringen mit dem Eissport? Der Gemeinderat soll ja auch ein bisschen allgemeinbildend sein. Ich habe mich mal ein bisschen in der Sagenwelt kundig gemacht, was es in der Geschichte schon für solche Problemlösungen gab und bin tatsächlich fündig geworden. Probleme, die als unlösbar erschienen, konnten auf unerwartete und vielleicht auch überraschende Art gelöst werden. Bei allen Beispielen war das mit einer gewissen Gewaltanwendung verbunden, und in allen Beispielen war auch die Problemlösung nicht superideal. Ihr kennt Columbus. Als ihm in einer geselligen Tischrunde gesagt wurde, jeder kann Amerika entdecken, zeigte er den anderen ein gekochtes Ei und sagte, sie sollten probieren, es auf den Kopf zu stellen. Niemand schaffte es. Er drückte es auf den Tisch hinunter. Wenn nun irgendein Schlaumeier unter euch mir sagt, das Ei ging ja kaputt, sage ich dazu: Spielt keine Rolle. Man konnte es danach trotzdem noch essen. Alexander der Grosse zerschlug nach zahlreichen erfolglosen Versuchen von anderen den Gordischen Knoten. Das war ein Knoten, der bis dahin als unauflösbar gegolten hatte. Er stand davor, nahm sein Schwert und durchschnitt ihn. Er eroberte dann – das war prophezeit – Asien. Ich bin zwar nicht der Meinung, dass die Lösung des Stadtrats in der Art und Weise wie diese Beispiele in die Geschichte eingehen wird, aber irgendwie wurde ich doch an diese Beispiele erinnert. Es handelt sich um Problemlösungen, die nicht ideal sind, die aber, und das ist das Wichtigste, das Problem lösen. Columbus auf jeden Fall sagte zu allen Anwesenden, die protestierten und sagten, dass sie das auch gekonnt hätten: Der Unterschied, meine Herren ist: Ihr hättet es gekonnt, ich habe es gemacht. Und das sagt vielleicht der Gemeinderat in Zukunft auch einmal. Nun ein kurzer Abriss über die Erkenntnisse aus der Kommissionssitzung mit Andreas Netzle, Dorena Raggenbass und Ruedi Wolfender. Bei den Zahlen in der Botschaft, das ist naturgemäss nicht anders machbar, handelt es sich um Hochrechnungen und Schätzungen. Weiter in der Übersicht, Beilage 1, wurden die Fixkosten in dieser Vorlage des Stadtrats auf die einzelnen Sparten Eis, Event, Restaurant und Hotellerie gleichmässig verteilt, also je ein Viertel. In der Rechnung der Bodensee-Arena wurden die Kosten, wie es betriebswirtschaftlich richtig ist, gewichtet zugeordnet. Das heisst, man schaut, welcher Bereich tatsächlich welche Ausgaben verursacht. Daher ist in der Rechnung, wie wir sie bekommen haben, in der Hochrechnung der Restaurant- und Hotelleriebetrieb defizitär, nicht aber in der Rechnung der Bodensee-Arena, dort ist er leicht im Plus. Dorena Raggenbass hat als Ziel formuliert, dass die Beiträge der Stadt nicht höher sein dürfen als die Beiträge, die jetzt bereits bezahlt werden. Diese Zielvorgabe wurde von der Bodensee-Arena nach interner Prüfung der finanziellen Möglichkeiten gutgeheissen, und man betrachtete die heute auf dem Tisch liegende vorgeschlagene Variante als valable Grundlage für die weiteren Vertragsverhandlungen mit dem Fernsehen. Die Zahlen einer Firma, die die Namensrechte kaufen möchte, wurden in der Vorlage, wie wir sie haben, einberechnet. Noch offen ist, ob die Nutzung durch das Fernsehen von September auf Oktober verschoben werden kann. Verschiedentlich wurde in der Kommission die Frage aufgeworfen, wer letztlich über all die Investitionen entscheidet. Das ist noch nicht ganz klar. Dies wird sich ergeben, wenn die Grobplanung in die Detailplanung überführt ist. Immerhin geht es hier nur um die Sachen, die ohnehin im Budget entweder schon enthalten sind oder bei uns durchlaufen werden. Weiter geht es nicht um die Sachen, die die Bodensee-Arena selber finanzieren will und dazu auch die Möglichkeiten sieht. Ruedi Wolfender hat erklärt, dass der Gemeinderat, das

habe ich allerdings bereits erwähnt, über Investitionen im Rahmen des Budgets entscheiden können wird, sofern diese sowieso nicht durch die Bodensee-Arena getragen werden. Dorena Raggenbass hob noch hervor, dass in den acht Jahren mit dem Fernsehen aufgrund der festen Ertragsquelle das Eigenkapital wieder aufgefüllt werden konnte. Das ist relativ bemerkenswert, wenn man die Rechnungen der vergangenen Jahre anschaut. Auch die Belastung für die Stadt konnte eingegrenzt werden konnte. Ein Vorteil besteht ihrer Meinung nach darin, dass an die bisherige bewährte Lösung angeknüpft werden kann und dennoch den Eissportvereinen die Eisfläche zur Verfügung gestellt werden kann. In der Kommission wurde der Antrag gestellt, man solle die Änderungen, über die wir heute abstimmen, auf zwölf Jahre beschränken. Dies vor dem Hintergrund, man brauche es ja jetzt nur für die acht Jahre und ein bisschen darüber hinaus. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit dem Hinweis, dass der Nachtrag für alle möglichen Nutzungen, beispielsweise auch jedwelche Verträge im Event- oder im Eisbereich gelte und diese Beschränkung Vorteile bietet. Zudem sei die Einflussnahme des Stadtrats auf die Verwaltung der Bodensee-Arena gegeben. Heute Abend ist auch ein Beispiel, dass wir durch die Einzelabstimmungen über den Baurechtsvertrag das Ganze beeinflussen können. Die Kommission hat mit 5 Ja bei 3 Enthaltungen und einem Mitglied in Ausstand die Botschaft angenommen. Noch ein kurzes persönliches Votum: Ich habe an der letzten Sitzung nicht verhehlt, dass ich diese Lösung für gut halte. Die Schwierigkeiten ergeben sich einfach daraus, und das war schon bei den Volksabstimmungen 1999 und 2005 so, dass man die Halle als multifunktionale Halle definierte, auch gegenüber der Bevölkerung. So wurde abgestimmt. Daraus kommen wir nicht heraus, und daraus haben sich diese grossen, schwierigen Nutzungskonflikte ergeben zwischen Veranstaltungen, jetzt auch Fernsehen und Eissport. Eine Nutzung, für die sich die Halle gar nicht wirklich eignet. Man hat in den letzten acht Jahren einen Modus Vivendi gefunden – meines Erachtens auch finanziell – durch die Beteiligung des Fernsehens, die Kosten im Griff zu halten und das Eigenkapital wieder aufbauen zu können. Vorher waren die Zahlen viel schlechter, zum Teil massiv viel schlechter. Ich bin deshalb davon überzeugt, dass es richtig ist, dass man an diese Fernsehlösung anknüpft. Periphere, positive Wirkungen darf man wirklich nicht vergessen auf Gastronomie, Hotellerie hier in Kreuzlingen. Auch erhebliche Vorteile Bodensee-Arena-intern für die dortige Gastronomie und Hotellerie. Es ist richtig, dass man diese bewährte Lösung weiterführt. Es ist aber genauso richtig, dass man es mit der Einräumung von zusätzlicher Mehrnutzung für den Eissport verbindet. Kurzum: Der Stadtrat hat mit dieser Lösung vielleicht nicht gleich das Ei auf den Kopf gestellt und vielleicht auch nicht gerade den Gordischen Knoten zerschlagen, aber darauf kommt es an. Er hat eine sinnvolle Lösung für ein ausserordentlich schwieriges Problem gefunden.

GR Dufner: Wir konnten in der FRK das Zahlenmaterial, die Aufstellung der Kosten in der FRK noch in einer grösseren Tiefe diskutieren. Wir durchleuchteten die verschiedenen Varianten und sind zum Schluss gekommen, dass der Vorschlag des Stadtrats mit der Kompromisslösung 2.3 – auch unter finanziellen Gesichtspunkten – Sinn macht. Mit 6 Ja bei 3 Enthaltungen empfiehlt deshalb die FRK, diesem Antrag zuzustimmen.

GR Neuweiler: Dem, was der Kommissionspräsident gesagt hat, kann unsere Fraktion beipflichten. Vorweg: Die Fraktion der SVP wird dieser Änderung des Baurechtsvertrags einstimmig zustimmen. Eigentlich geht es ja nur um diese, und doch geht es um mehr. Mit diesem Kompromiss investieren wir auch wesentliche Mittel in den Hockey- und Eissport, und da erwartet unsere Fraktion auch verbindliche Zusagen die-

ser Akteure. Langfristige Verträge, die unterschrieben werden müssen vom EHCKK, von der Rüegg GmbH und von der SBW. Denn diese Investitionen kann man nicht in einem oder zwei Jahren tätigen. Und da sind jetzt auch diese Akteure gefordert. Weiterhin gefordert ist sicher auch der Stadtrat. Er muss sicher das Positionspapier oder die Eigentümerstrategie schleunigst anpassen, weil die, die jetzt im Umlauf ist, für die Zukunft nicht mehr gelten kann. Und auch der VR ist sicher gefordert. Ob die Tragflughalle realisierbar ist oder ob das Bewilligungsverfahren durchkommt, wissen wir jetzt noch nicht. Die Kosten sind auch noch nicht ganz klar. Aber dafür wurde eine AG gegründet. Hier sind wie gesagt der VR und der Stadtrat am Zug und auch verantwortlich. Wir werden der Botschaft zustimmen.

GR Raschle: Unsere Fraktion wird der vorliegenden Änderung des Baurechtsvertrags einstimmig zustimmen. Und wenn die Mehrheit des Gemeinderats das auch macht, ermöglichen wir dem Schweizer Fernsehen, einen Vertrag abzuschliessen zu können. Das heisst, wenn dann die Konditionen stimmen. Die mögliche Nutzungsänderung ist zeitlich an den Baurechtsvertrag gebunden. Das heisst, sie läuft bis 2054 und ermöglicht nicht nur dem Fernsehen, sondern auch anderen Nutzern, davon profitieren zu können. Sport oder Geld? Diese Frage habe ich an der Informationssitzung am 16. März gestellt und habe dabei erwähnt, dass einige Sachen respektive einige Entscheidungsgrundlagen noch nicht klar sind oder fehlen. Unsere Fraktion ist erleichtert, dass diese Informationen jetzt vorliegen und zu einem vergleichbaren Produkt ausgearbeitet werden konnten. Nachdem ich doch an einigen Kommissionssitzungen zum Thema Bodensee-Arena dabei war in der GPK, in der GKS, in der FRK und jetzt noch ein Votum in der AuA halte und die Interessenspositionen mitverfolgt habe, weiss ich jetzt den vorliegenden Kompromissvorschlag umso mehr zu schätzen. Man weiss oder kann erahnen, wie viel Arbeit und Zeitaufwand das bedeutet und auch wie viel Know-how und Erfahrung es braucht, eine brauchbare, umsetzbare Grösse auszuarbeiten. Im Namen der Fraktion möchte ich allen danken, die kurzfristig und intensiv an diesem Kompromiss Nr. 2.3 auf der Tabelle mitgearbeitet haben. Wir werden diesem Vorschlag natürlich ebenso einstimmig zustimmen.

GR Wolfender: Wir haben die Vorlage in der Fraktion FL/RB intensiv diskutiert. Die Bodensee-Arena hat die Eigenschaft, dass jede Veränderung jeweils grosse Wellen schlägt. So ist es auch mit dieser Vorlage des Baurechtsvertrags. Aber eigentlich geht es ja nicht darum, sondern wie stellen wir uns die zukünftige Bewirtschaftung dieser Halle vor? Daher nimmt dieser Punkt in der Botschaft auch so viel Raum ein, aber im Baurechtsvertrag selber leider nicht. Wir sind ganz klar für eine weiterhin gemischte Nutzung dieses Areals. Nicht zuletzt darum, weil das bis jetzt das Einzige war, was nicht völlig katastrophal defizitär war. Die einzige Variante – wiederum, wir stimmen nicht darüber ab – ist für uns die gemischte Nutzung mit den beiden Eisfeldern mit einer Tragflughalle. Damit wäre gewährleistet, dass Sport und Fernsehen besser aneinander vorbeikommen. Wir finden, der Baurechtsvertrag ist sehr offen formuliert und lässt viel Platz für Eigengestaltung der Baurechtsnehmer. Daher hatten wir Mühe für unsere Parolenfassung. Wir warten die heutige Diskussion ab. Danken möchten wir vor allem der Stadt, die sich sehr aktiv um einen Kompromiss bemüht hat, damit wir heute Abend nicht Äpfel mit Birnen vergleichen müssen. Einen grossen Vorteil hat diese Diskussion aber bereits gebracht, nämlich dass wir in der FRK zukünftig die Rechnung der Bodensee-Arena einsehen dürfen.

GR Brändli: Unsere Fraktion ist der Überzeugung, dass mit dieser Botschaft, explizit mit dem Modell 2.3, dem Kompromiss Schweizer Fernsehen mit Zusatzzeisflächen ein

gangbarer Mittelweg gefunden worden ist. Sämtliche Involvierte wie, z. B. die Bodensee-Arena, diverse Vereine, der öffentliche Eislauf – den man nicht vergessen darf –, Schulen, kommerzielle Nutzer wie zum Beispiel das Schweizer Fernsehen –, die SBW, diverse Unternehmungen wie auch der Tourismus und vor allem auch die Kreuzlinger Bevölkerung, die ja den grössten Teil davon finanzieren darf, werden zufriedengestellt. Nicht zu unterschätzen ist, dass für die Wirtschaft dank des Schweizer Fernsehens wirklich eine Wertschöpfung generiert werden kann. Dieses Modell ist die richtige Lösung für die mittelfristige Überbrückung, bis das Schweizer Fernsehen dereinst Kreuzlingen definitiv verlässt. Schaut man noch weiter in die Zukunft, ist das Modell nämlich das richtige, mit dem Vorbehalt natürlich, dass wir im September hier im Gemeinderat über die Baurechtsverträge der alten wie neuen Tennishalle abstimmen können und das gutheissen. Denn so kann man die Planung oder die Projektierung für die weitere Zukunft in diesem Gebiet, nämlich der Kunstgrenze zwischen der neu gestalteten Allee, der Bodensee-Arena bis zu den Fussballplätzen in Angriff nehmen und dieses Gebiet für den Sportbereich und die Mehrzwecknutzung weiterentwickeln. Dies auch mit einem Seitenhieb, dass auch der sagenumwobene Kanal von Konstanzer Seite definitiv versenkt wurde. Nur in Kreuzlingen gibt es noch einige Träumer, die dieser Sache nachgehen. Aber auch sie werden es eines Tages merken. Das bedingt natürlich auch, dass wir bald über einen Projektierungskredit abstimmen können, damit man das Gebiet weiterentwickeln darf. Wir danken sämtlichen Beteiligten von der Stadtverwaltung, von der Bodensee-Arena und natürlich auch von den Vereinen, die in den letzten knapp zwei, drei Monaten eine grosse Arbeit leisten mussten. Sie mussten vieles erledigen, Vorprüfungen in diversen Bereichen machen, und wir hoffen, dass in Zukunft inklusive der Politik alle an den gleichen Stricken und vor allem auch in die gleiche Richtung ziehen. Die Fraktion hat die Botschaft mit 11 Ja bei 1 Enthaltung abgesegnet. Vielleicht noch eine Ergänzung zuhanden unseres Solarstrompapstes von der FL/RB: Von uns aus kann man ruhig die grossen Dachflächen der Bodensee-Arena mit Panelen bestücken, sofern es rentiert. So können wir sicher auch die Abwanderung nach Frauenfeld verhindern.

GR Huber: Ich musste erst schauen, wie die anderen Parteien darüber befinden. Es wurden ja bereits viele Voten in die gleiche Richtung gemacht. Heute sprechen wir nur von der Ergänzungsänderung, der Anpassung des bestehenden Baurechtsvertrags zugunsten der Langzeitnutzung im Eventbereich und nicht mehr. Wir haben dabei in der Botschaft probiert, die beiden Nutzer unter ein Dach zu bringen. Dementsprechend wollen wir auf eine Mieteinnahme vom Schweizer Fernsehen und Mieteinnahmen aus Hotellerie und Gastronomie nicht verzichten. Dafür geben wir den Eissportlern ein bisschen mehr Eisfläche und das darf dann auch etwas kosten. Also eine Win-Win-Situation, weil sich der Eissport weiterentwickeln kann und ein zahlungskräftiger Eventveranstalter das auch mitfinanziert. Ich danke dabei vor allem dem Departement Gesellschaft, Dorena Raggenbass und Ruedi Wolfender, für den grossen, wirklich absolut grossen Einsatz in diesem Geschäft. Sie haben damit auch erkannt, dass die Anliegen und Ängste der Eissportler nicht unbegründet sind und, dass der ausgearbeitete Kompromissvorschlag einen möglichen Weg für die Zukunft aufzeigt. Damit kann sich der Grossteil unserer Fraktion einverstanden erklären. Mit dieser Anpassung des Baurechtsvertrags geben wir der Bodensee-Arena grünes Licht für den Vertragsabschluss mit dem Schweizer Fernsehen. Im Weiteren habe ich an der letzten Gemeinderatssitzung noch einige Fragen gestellt wie auch mein Fraktionskollege Ruedi Herzog, die wir bis dato nur mündlich und ansatzweise in der Botschaft beantwortet bekommen haben. Einige aus unserer Fraktion haben jedoch auch Bedenken bezüglich der Kostenprognose der angedachten Investitionen und des En-

gagements der Führung der Bodensee-Arena beim Eissport. Denn das Ja zum Baurechtsvertrag muss auch ein klares Bekenntnis der Bodensee-Arena zum Eissport sein. Und ein hundertprozentiger Einsatz der Bodensee-Arena für die Umsetzung des angedachten Konzepts muss gemäss Variante 2.3 sein. Wir wissen jedoch heute nicht, was uns das Ganze kosten wird und was wir bezahlen müssen beziehungsweise wer es finanzieren wird. Wir haben gemerkt, dass das Zahlenwerk aus groben Schätzungen ohne verbindliche Grundlagen besteht. Also jetzt erst wird die Bodensee-Arena mit der Bearbeitung dieser Projekte beginnen und das effektive Zahlenmaterial zusammentragen. Auch sind die baulichen Massnahmen und das Baubewilligungsverfahren für alle angedachten Projekte, wie die Traglufthalle, die Tribüne, Ersatzgarderobe, die ganze Logistik nicht geklärt. Die Lagerhalle noch auf keinem Papier, geschweige denn ausgearbeitet. Das macht mir bereits jetzt ein schlechtes Gefühl und aus meiner Sicht braucht es dazu dringend professionelle externe Unterstützung für die Bodensee-Arena, damit das auch zeitlich und finanziell sauber über die Bühne gehen kann. Die Fraktion hofft, dass die Botschaft nicht nur ein Lippenbekenntnis zum Eissport ist, sondern mit dem Ja zur Anpassung des Baurechtsvertrags auch die wichtigen Massnahmen für den Eissport umgehend an die Hand genommen werden. Dann sagt auch unsere Fraktion grossmehrheitlich Ja zum Schweizer Fernsehen in der Bodensee-Arena und zu viel Leutschenbacher Service public aus Kreuzlingen in den kommenden acht Jahren. Wegen dieses schlechten Gefühls enthalte ich mich der Stimme und lasse mich in den kommenden Monaten von diesem positiven Aktivismus der Bodensee-Arena für den Eissport überraschen. Ihr könnt aber auch davon ausgehen, dass ich euch im Gemeinderat über die weitere Entwicklung in der Bodensee-Arena weiter informieren werde.

GR Knöpfli: Verträge werden unter anderem darum abgeschlossen, damit sich die beteiligten Personen daran halten können und wissen, dass das, was geregelt wird, so läuft, wie es geregelt ist, und zwar vom ersten bis zum letzten Tag, wo so ein Vertrag gültig ist. Wenn man einen Vertrag während der Laufzeit ändert, macht das nur dann Sinn, wenn es keine Verlierer gibt. Denn wenn es Verlierer geben würde, bräuchte man gar keinen Vertrag. Dann macht sowieso jeder, was er will. Mit diesem Vertrag, der hier jetzt vorliegt, insbesondere wegen der Variante 2.3, die vom Stadtrat ins Auge gefasst wurde, gibt es aber hier keine Verlierer, sondern nur Gewinner. Sogar ich bin dieser Meinung. Ein dickes Dankeschön an SR Raggenbass, an Ruedi Wolfender und alle Beteiligten. Ein dickes Dankeschön aber auch an die Bodensee-Arena und die Nutzer, dass ihr es geschafft habt, miteinander zu reden und die Lösung so zu präsentieren. Auf diesen Dank folgt jetzt gleich aber auch ein Appell. Redet bitte weiterhin miteinander, arbeitet zusammen und setzt alles, was in eurer Kraft liegt ein, damit diese Übung so nah wie möglich an dem, was jetzt da schriftlich vorliegt, realisiert werden kann. Man kann nun sagen, Variante xy geht den Gemeinderat eigentlich gar nichts an. Wir stimmen nur ab über die Baurechtsvertragsanpassung. Richtig. Aber meine Ja-Stimme ist definitiv mit dem schon angesprochenen Gordischen Knoten so mit der Variante 2.3 verknüpft, dass ohne die konkrete Willensäusserung, das umzusetzen oder eine Willensäusserung für eine andere Variante, ganz klar immer noch ein Nein von mir wäre. Und die zweite Konsequenz wäre, dass ich jetzt noch lange nicht fertig wäre mit Reden.

Materielle Beratung

Die Botschaft wird durchberaten.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Abstimmung: Die Änderung des Baurechtsvertrags Bodensee-Arena **wird** mit **35 Ja-Stimmen** bei 4 Enthaltungen **genehmigt**.

Verschiedenes

14. Verschiedenes

14.1 Beantwortung schriftliche Anfrage Case Management

GR Irene Herzog: Ich möchte mich recht herzlich bedanken für die Beantwortung dieser schriftlichen Anfrage. Es zeigt mir auch auf, dass sich eine Professionalisierung und die Intensivierung dieses Case Managements in finanzieller Hinsicht auf jeden Fall lohnt. Ich wünsche mir auch für die Zukunft, dass der Stadtrat respektive die zuständige Abteilung dranbleibt und das auch weiterverfolgt.

14.2 Beantwortung schriftliche Anfrage Richtplan Seeburgareal

GR Winterhalter: Die Antwort fällt eigentlich im Sinn der Fragesteller aus. Vorläufig sind keine baulichen Massnahmen geplant, also eine Asphaltierung dieser Fusswege. Wir sind eigentlich zufrieden mit der Antwort. Ich möchte aber trotzdem noch explizit darauf hinweisen, wenn man den Richtplan ändern will, geht das über den Stadtrat und über den Regierungsrat. Das wurde in dieser Art, wie es hätte vonstattengehen sollen, nicht gemacht. Es wird auch gesagt, dass der Richtplan von 2002 nicht mehr zeitgemäss oder nur noch teilweise zeitgemäss sei. Das Ziel des Richtplans ist ein ökologischer Park, und dieser Park wurde schweizweit gerühmt. Er wird immer wieder in der Literatur erwähnt, daher wollen wir ihn auch so behalten. Er hat nichts mit Langsamverkehr, also mit Velo und weiss der Kuckuck was zu tun. Es soll ein ökologischer Park bleiben. Ich glaube, die Ökologie ändert sich in zehn Jahren nicht so schnell, dass man alles über den Haufen werfen muss. Der Richtplan Seeburgareal ist auch eingebettet im Konzept Seeuferareal, das Guido Leutenegger damals initiiert hat. Darauf beruht auch die ganze Seeufergestaltung, also der Richtplan Seeburgareal, Seeufer West, das noch total offen ist, wo man eigentlich machen kann, was man will, ausser was im Zonenplan definiert ist. Dann haben wir noch die Promenade. Dort gibt es einen Gestaltungsplan, und das EZ, wo es auch einen Gestaltungsplan gibt. Daher erstaunt es mich schon, dass man immer noch auf den Seeburgpark kommt und dort noch Ausbaupläne hat. Es ist mir bekannt, man wollte ein Hotel bauen und weiss der Kuckuck was alles. Vielleicht nicht in meiner Ära, aber vorher. Ich appelliere an den Stadtrat, dass man das nicht machen sollte. Wir behalten den Seeburgpark im Auge. Wir finden, er ist ein Kleinod der Stadt Kreuzlingen und soll erhalten bleiben. Wir haben wohl aber gemerkt, dass ein Teil des besagten Wegs schon befestigt wurde. Wir behalten uns vor, einen Rückbau zu verlangen. Ich möchte dem Stadtrat im Namen der SP/GEW/JUSO für die ausführliche Antwort danken.

14.3 Beantwortung schriftliche Anfrage Traglufthalle

GR Neuweiler: Besten Dank für die Beantwortung. Ich denke, wir üben die Traglufthalle einmal mit gefrorenem Wasser. Wenn ich gleich stehe, es geht noch um die

schriftliche Anfrage von Alt-Gemeinderat Rieser. Er gondelt zurzeit mit seinem Wohnwagen Höhe Warschau herum. Auch er würde sich gern für die Beantwortung bedanken.

14.4 Beantwortung schriftliche Anfrage Informationssicherheit

GR Salzmann: Ich weiss, das ist jetzt kitschig, aber auch ich bedanke mich, und ich finde es auch toll, was ihr da gemacht habt. Ich finde die Antwort auch gut, auch wenn alle anderen auch zufrieden waren mit ihren Antworten. Ich bin auch sehr zufrieden mit dieser Antwort zur Informationssicherheit. Aufgrund des relativ geringen Mitarbeiterbestands, den ihr in der IT habt, hätte ich mir eigentlich eine weniger komfortable Antwort erwartet. Ich bin sehr froh, dass ich da eines Besseren belehrt worden bin. Es freut mich ausserordentlich. Ich habe die Antwort auch Fachleuten gegeben bei mir in der Firma. Die haben das durchgelesen und sind auch zufrieden. Offensichtlich wirklich gut. Einen kleinen Wermutstropfen gibt es allerdings auf der letzten Zeile. Warum man zur Vorbereitung eines Leitsystems bei den Technischen Betrieben eineinhalb Jahre braucht, ist mir nicht so ganz klar. Aber es ist auf jeden Fall ein sehr gutes Resultat.

14.5 Verschiedenes

Der Ratspräsident: Folgende Flyer wurden verteilt:

- Kunstnacht
- Postkarte Kreuzlingen, das Herz im Thurgau

14.6 Museumstag / Fussgängerstreifen Unterseestrasse

GR Forster: Den Prospekt habe ich vorhin gelesen. Ihr macht in Kreuzlingen einen Museumstag. Grosses Plakat, Stadtpräsident, freier Eintritt Seemuseum, freier Eintritt Rosenegg. Und Planetarium „geltende Eintrittspreise“? Das sollte also auch gratis sein. Dann habe ich eine Frage an Dorena. Hast du Einsitz im fantastical-Gremium? Keiner? Ihr habt keinen, zahlt einfach. Aber keiner hat etwas zu sagen. Beim Kreisel Rebstock bis eingangs Tägerwilen: Dort gibt es einen Fussgängerstreifen. Die Mowag rennt dort tausend Mal am Tag hinüber. Ernst, da sollte man schauen, dass vielleicht noch einer hinkommt. Für die Mowag wäre am besten eine Brücke oben durch. Ich finde das dort sehr gefährlich.

Der Ratspräsident schliesst die Sitzung um 21.45 Uhr.

Beilagen

1. Tischvorlage zu Traktandum 6, Vorschlag Ersatzwahl Kommissionen
2. Tischvorlage zu Traktandum 11, Gewährleistungsspiegel

Geht an

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Der Stimmenzähler

**Sitzung des Gemeinderats vom 11. Mai 2017
Ersatzwahl in die Kommissionen****Wahlen (Traktandum 6)**

Von der Fraktion SVP wird folgender Vorschlag unterbreitet:

Werke, Bau, Umwelt WBU, ab 11. Mai 2017

Mitglied bisher	Bruno Rieser	Mitglied neu	Daniel Lauber
-----------------	--------------	--------------	---------------

Geschäftsprüfungskommission GPK, ab 11. Mai 2017

Suppleant bisher	Bruno Rieser	Suppleant neu	Daniel Lauber
------------------	--------------	---------------	---------------

Kreuzlingen, 11. Mai 2017 / taba



10 Gewährleistungsspiegel

Name / Sitz	Angaben zu den gesicherten Leistungen (Art, Betrag, Verfall, Zinsangaben, etc.)	Spezifische zusätzliche Angaben
Alterszentrum Kreuzlingen	Defizitgarantie 90%, maximal CHF 300'000 p.a.	Gemeinderat 03.09.2015
Pensionskasse Comunitas	Deckungslücke Pensionskasse Comunitas (Deckungsgrad 99.05%)	
Verein Kreuzlinger Kinderkrippe	Garantie für Kostendeckende Tagestaxe plus 90% vom verbleibenden Verlust, maximal CHF 350'000 p.a., indexiert (CHF 418'935)	Volksabstimmung 12.01.1992
Zweckverband Abfallkompostierung Tägerwilen-Kreuzlingen	Kreditgarantie über CHF 803'488 für Teilausbau der Kompostieranlage	Gemeinderat 28.08.2008
Altlastensanierung	Diverse städtische Parzellen befinden sich im Kataster der belasteten Standorte	
Schlosswiese	Mögliche Entschädigung im Falle einer Auszonung	